Nr. 164 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 20. Juli 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zlp. Anzeigen unter Text 0.60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Aenderung der Grenzzonenverordnung?

Polnische Zugeständnisse zu den Handelsvertragsverhandlungen

Warschau. In der Besprechung zwischen Dr. Hermes und Dr. von Twardowski vom Dienstag kam auch die polnische Grenzzonenverordnung, an der s. Zt. die Fortführung der Verhandlungen scheiterte, zur Sprache. Wie dazu mitgeteilt wird, sind dem deutschen Vertreter bezüglich der Durchführung der Grenzzonenverordnung Zusicherungen dahin gegeben worden, daß die polnische Grenzzonenverordnung eine allgemeine Maßnahme darstelle, die in keiner Weise gegen die Bürger irgendeines Staates, also auch nicht gegen die deutschen Staatsangehörigen, gerichtet sei und daß sie auch nicht in einem solchen Sinne gehandhabt werden würde.

Die halbamtliche „Epoka", die anscheinend darüber zufrieden ist, daß Deutschland sich mit dieser Erklärung zufrieden gegeben hat, schreibt heute, es könne kaum noch zweifelhaft sein, daß diesmal die deutsch-polnischen Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen würden.

*

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: „Gelegentlich der Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen den Bevollmächtigten für die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland, die am 10. September d. Js. in Warschau beginnen sollen, sind der deutschen Seite autentische Zusicherungen dahingehend gegeben worden, daß die polnische Grenzzonenverordnung eine allgemeine Maßnahme darstelle, die in keiner Weise gegen die Angehörigen irgendeines Staates, also auch nicht gegen die deutschen Staatsangehörigen, gerichtet sei und daß sie auch nicht in einem antideutschen Sinn gehandhabt werde."

Die von polnischer Seite in dem vorstehenden Kommuniquee gegebenen Zusicherungen sind von erheblicher Bedeutung, denn wie man auch immer über die Grenzzonenverordnung und ihre Bestimmungen denken mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die obenstehende amtliche Erklärung die polnische Regierung sich jeder Möglichkeit ausschließt, etwa einseitig die Bestimmungen der Grenzzonenverordnung gegen deutsche Reichsangehörige anzuwenden. Im übrigen wird es Aufgabe unserer Unterhändler sein, bei den Verhandlungen über das Niederlassungsrecht Garantien zu schaffen, daß die vorstehenden Versprechungen der polnischen Regierung auch in die Tat umgesetzt werden.

Das „Gesetz Loucheur"

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte Juli 1928.

Kammer und Senat sind auf einige Monate in Ferien. Und während sich die Abgeordneten und die Senatoren schon zur Reise in die Seebäder fertig machten, und während daheim die Kofferschlösser auf das endgültige Zudrücken warteten, wurde in den beiden französischen Parlamenten über ein Gesetz gesprochen, dem in dieser Paris-fernen Stimmung nicht der nötige Ernst entgegengebracht werden konnte: Das neue Wohnungsgesetz des neuen Arbeitsministers Loucheur.

Von Loucheur war schon einmal 1921 ein Wohnungsgesetz den beiden Parlamenten vorgelegt worden. Dieses sah die Errichtung von 500 000 Wohnungen zur Behebung der Wohnungsnot vor, aber damals widersetzte sich der Senat diesem Vorschlag so stark, daß es nicht zu seiner Annahme kam. Will man heutzutage die Häuser, in denen der Tod von Stunde zu Stunde seinen Einzug halten kann, und die Wohnungen, in denen Menschen in Massen zusammengepfercht sind, verlassen, so braucht man in ganz Frankreich eine Million neuer Wohnungen; davon entfallen 200 000 allein auf Paris und seine Vororte. Das jetzige Gesetz von Loucheur sieht aber nur die Errichtung von 200 000 neuen Wohnungen innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren vor. Jedes Haus hat da einen Durchschnittswert von 35 000 Franken, was 7 Milliarden an Baukosten bedeutet. Hinzu sollen 60 000 Wohnungen mit kleiner Miete kommen, für die man 4 200 Millionen ansetzt. Das Gesetz von Loucheur verursacht also eine Gesamtausgabe von 11 200 Millionen Franken. Es ist recht lächerlich, wenn die Rechtszeitungen, die das Gesetz unterstützen, angesichts dessen behaupten, diese neue Kammer verwirkliche die auf sie gesetzten Hoffnungen, man dürfe sie eine „Soziale Kammer" nennen. Wenn man jedoch bedenkt, daß 10 Milliarden im Jahr vom französischen Kriegsministerium ausgegeben werden, zeugen die 11 Milliarden, die man innerhalb von 5 Jahren für das Wohnungswesen ausgeben will, außerordentlich wenig für den sozialen Sinn der heutigen Kammer. Auf die Steuereinnahmen umgerechnet, bedeutet das heutige Gesetz, daß auf je 100 Franken Steuern nur gerade 50 Centimes (also der 200. Teil) dem Wohnungsbau reserviert sind.

Bei den letzten Kammerwahlen vom April dieses Jahres hat die Frage der Wohnungskrise eine große Rolle gespielt. Die Abgeordneten wurden von ihren Wählern verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich die bisherigen Zustände ändern. Aber im jetzigen Loucheur-Gesetz hat man ganze Bevölkerungsschichten übergangen, die nunmehr die Abgeordneten, die für das Gesetz eintraten, scharf angreifen werden: Das Gesetz vernachlässigt den Wohnungsbau auf dem Lande, es kommt den Familien mit zahlreichen Kindern nicht genügend entgegen, es bevorzugt den Einzelwohnungsbau gegenüber der Anlage von Gartenstädten, und es gibt alle Macht den Wohnungsagenturen, statt den offiziellen „Vereinigungen für billiges Wohnen" und statt den Städten und Gemeinden. Die Sozialisten haben ein Gegengesetz ausgearbeitet, das in der Kammer von dem Genossen Uhry und Antonelli verteidigt wurde. In drei Hauptpunkten unterscheidet sich dieser Gegenvorschlag vom Gesetz der Regierung. Er verurteilt den individuellen Wohnungsbau und setzt an dessen Stelle Kollektivanlagen, er erhöht die Kontrolle des Staats über die Verteilung seiner Gelder, und er will die Zwischenhändler beim Häuserverkauf und -bau durch einen allgemein gültigen Gesamtplan ausschalten, weil sonst neue ungesunde Wohnungsmassen das Resultat des Gesetzes sein werden.

Die Kammer hat die sozialistischen Gegenvorschläge abgelehnt, ebenso der Senat, und schon sind die Aktien der Baufirma Poliet et Chausson gestiegen. Schon jubelt der „Temps" darüber, daß die Privatinitiative nicht durch staatliche Schranken in dem von den Sozialisten gewünschten Sinne begrenzt wird. Aben ebenso sicher wie dieser Jubel ist auch, daß es in Frankreich in einigen Jahren — Uhry kündigte es mit Recht schon in der Kammer an — einen großer „Skandal der schlechten Wohnungen" geben wird. Dann wird keiner mehr wagen, von einer „Sozialen Kammer" zu sprechen.

Kurt Lenz.

Polens Antwort an Kellogg

Warschau. Der stellvertretende polnische Außenminister, Unterstaatssekretär Wysocki, hat am Dienstag dem amerikanischen Gesandten in Warschau die polnische Antwortnote auf den Kelloggschen Kriegsächtungsvorschlag überreicht. Die polnische Regierung nimmt darin den Wortlaut des Vorschlages an und erklärt sich bereit, ihn in der vorgeschlagenen Fassung zu unterzeichnen. Im zweiten Teil der Note erklärt Polen, es lege den Vertrag so aus, daß er den Frieden zwischen den Staaten auf Grund der gegenwärtig bestehenden internationalen Verpflichtungen sichern solle. Die polnische Regierung stellt dabei fest:

1. Daß der Vertrag in keiner Weise das Recht zur Verteidigung berühre.

2. Daß jeder Staat, der den Pakt unterschrieben habe und der nach der Verwirklichung von nationalen Zielen mit Hilfe des Krieges strebe, der Vorteile des Paktes verlustig gehe und

3 daß kein Widerspruch bestehe, zwischen diesem Pakt und den Verpflichtungen des Völkerbundspaktes für die Staaten, die seine Mitglieder seien.

Die polnische Note enthält am Schluß die Feststellung, daß die hier wiedergegebenen genauen Erklärungen, sowie die Tatsache, daß der Beitritt zu dem Pakt allen Staaten offen stehe, Polen die Möglichkeit zusichere, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Kein Umsturz in Mexiko

Calles bleibt Präsident — Die Regierung vollständig Herr der Lage

Neuyork. Nach Meldungen aus Mexiko Stadt herrscht im ganzen Lande größte Erregung und tiefe Trauer über die Ermordung Obregons durch den jugendlichen Juan Eskapulario. Wie erst jetzt bekannt wird, feuerte Eskapulario fünf Revolverkugeln auf den Präsidenten in dem Augenblick, als er sich von dem Mörder, der von Beruf Zeitungskarrikaturist ist, skizzieren ließ. Im gleichen Augenblick, als die Tat geschah, stürzten die Anh. Obregons auf den Mörder, aber der Polizeichef schützte ihn, um den Beweggrund seiner Tat, sowie mögliche Mittäter ausfindig zu machen. Dann wurde er ins Gefängnis abtransportiert. Obregon starb im Auto, als man ihn nach Hause bringen wollte.

Calles traf kurze Zeit nach der mörderischen Tat ein. Alle wichtigen Punkte der Stadt wurden sofort mit Truppen besetzt. Es hat den Anschein, als ob Calles Herr der Lage ist. Sofort nach dem Bekanntwerden der Nachricht von der Ermordung wurde eine strenge Zensur verhängt. Calles hat selbst mit dem Mörder gesprochen, der die Ermordung zugab es aber ablehnte, sich über die Beweggründe und Mitverschwörer auszulassen. Zur Zeit sind zahlreiche Gerüchte über versuchte Vergeltungsmaßnahmen trotz der Zensur im Umlauf. Aber es fehlt jede Bestätigung dieser Meldung. Calles versicherte, daß er das Verbrechen sofort aufklären wolle. Die geschäftliche Tätigkeit ist vollkommen lahmgelegt. Theater und Lichtspielhäuser sind geschlossen. Die Atmosphäre in ganz Mexiko ist außerordentlich gespannt. Die hervorragendsten Posten in der Polizei sind mit engeren Freunden Obregons besetzt worden, während zweifelhafte Persönlichkeiten ihres Amtes enthoben wurden. Den nächsten Schritten Calles sieht man mit größter Spannung entgegen.

Nach der mexikanischen Verfassung ist der Posten eines Vizepräsidenten nicht vorgesehen. Der Kongreß muß bis zum 1. Dezember warten, bevor er irgend etwas unternehmen kann. Erst dann kann ein vorläufiger Präsident gewählt werden, bis zu den Neuwahlen.

Komitatschikämpfe in Bulgarien

Berlin. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Athen ist seit zwei Tagen die bulgarische Grenze gesperrt. Es wird behauptet, daß heftige Kämpfe zwischen den Anhängern Protogeroffs und Mihajlows stattfinden. Im Grenzgebiet seien bei Azumadja 100 Tote zu verzeichnen, darunter die Generale Zekoff und Boyadjeff.

Verfassungsänderungen — Minderheiten-Entrechtung

Warschau. Wie übereinstimmende Gerüchte zu melden wissen, soll die Novelle zur Verfassungsänderung bereits innerhalb der Regierung beraten werden. Wie der „Robotnik" berichtet, wird beabsichtigt, die Zahl der Sejmabgeordneten auf die Hälfte zu vermindern. Des weiteren sollen in Kongreßpolen Einmann-Wahlkreise eingeführt werden, während in den Ostgebieten und in den ehemaligen preußischen Gebieten das Verhältniswahlsystem herrschen soll, mit einem besonderen Rechtsvorbehalt für die polnische Bevölkerung. Würde dieser Plan, der schon seit längerer Zeit vorgesehen ist, durchgeführt werden, so würden damit die nationalen Minderheiten in Polen unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden.

Max Hölz amnestiert

Sonnenburg. Max Hölz hat am Mittwoch zwischen 16 und 17 Uhr die Strafanstalt Sonnenburg verlassen.

Ministerpräsident Bartel in Urlaub

Warschau. In früher Morgenstunde des Mittwochs, hat der polnische Ministerpräsident Bartel völlig unerwartet und ohne die geringsten Angaben über das Ziel seiner Reise Warschau zu einem vierwöchigen Urlaub verlassen. Man nimmt an, daß er sich ins Ausland begeben hat, jedoch wird die Reise und der Aufenthaltsort völlig geheim gehalten. Die Abreise Bartels, die für Ende dieser Woche beabsichtigt war, erfolgte so plötzlich, daß selbst der Chauffeur erst wenige Stunden vor der Abfahrt davon unterrichtet wurde, und erst im Augenblick der Abfahrt einen Auslandspaß erhielt. Die Fahrtrichtung wurde dem Chauffeur erst während der Fahrt von dem Ministerpräsidenten mitgeteilt. Der Grund der plötzlichen geheimnisvollen Abreise des Ministerpräsidenten ist nicht bekannt. Da sein Urlaub vier Wochen andauern soll, ist ungewiß, ob er bis zu der bedeutungsvollen für den 12. August in Wilna bevorstehenden Tagung wieder zurück sein wird

Der europäische Prüfstein

Die vom Völkerbund einberufene Sonderkonferenz für Ein- und Ausfuhrverbote ist inzwischen mit einem wesentlichen Erfolg abgeschlossen worden. Es ist trotz vieler Quertreibereien gelungen, zwei wichtige handelspolitische Abkommen zu unterzeichnen. Das eine bezieht sich auf die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote; das andere will die Beschränkung im Handelsverkehr mit Häuten, Fellen und Knochen beseitigen. In der Unterzeichnung dieser beiden Abkommen haben wir eine positive Auswirkung der Genfer Weltwirtschaftskonferenz zu erblicken. Wie schwer sich aber der „Geist von Genf" durchsetzt, mag aus folgendem hervorgehen: Schon im November vorigen Jahres beschäftigte sich eine Konferenz mit den Ein- und Ausfuhrverboten. Die Verhandlungen, die drei Wochen in Anspruch nahmen, verliefen ergebnislos. Auch von der Konferenz im Juli 1928 erwartete man, daß sie ausgehen würde wie das Hornberger Schießen. Wenn das nicht geschehen ist, so gebührt der Dank dem holländischen Präsidenten der Konferenz, der durch eine äußerst geschickte Taktik den Erfolg der Verhandlungen sicherte.

Es war selbstverständlich nicht ganz leicht, die Vertreter von 18 Nationen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, unter einen Hut zu bringen. Nur ungern entschlossen sie sich, auf die während des Krieges und nach dem Kriege erlassenen Ein- und Ausfuhrverbote zu verzichten und taten ihr Möglichstes, um diese Verbote durch sogenannte Vorbehalten aufrecht zu erhalten. So kann sich die Tschechoslowakei immer noch nicht mit der von Jahr zu Jahr notwendig werdenden Freizügigkeit der Häute abfinden, während England an dem Einfuhrverbot für Farbstoffe festhalten zu müssen glaubt. Den deutschen Vertretern kann man bescheinigen, daß sie redliche Arbeit im Kampfe gegen den Protektionismus geleistet haben, wenn sie ihre Wünsche auch nicht ganz durchsetzen konnten. So blieben die Ausfuhrvorbehalte für Schrott zuungunsten des deutschen Handels bestehen. An ihnen sind u. a. Schweden, Oesterreich, Belgien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei interessiert. Selbstverständlich hat Deutschland diesen Vorbehalten andere Maßnahmen entgegengesetzt, um so eine Chance zu haben, früher oder später endgültig aufzuräumen. Bestehen bleibt auch das englische Farbstoffeinfuhrverbot; außerdem werden die tschechischen Quarzia- und Hopfenvorbehalte aufrecht erhalten. Durch sie wird der deutsche Handel auch in Mitleidenschaft gezogen, während an den übrigen von der Konferenz gebilligten Verboten der deutsche Handel desinteressiert ist. Dagegen muß die von der Konferenz angenommene Freizügigkeit der Häute und Felle als für Deutschland äußerst wichtig bezeichnet werden, da die deutsche Wirtschaft polnische, ungarische und andere Häute in großen Mengen verarbeitet.

Zweifellos ist so im Rahmen des Völkerbundes mit dem so oft gepredigten Kampf gegen den Protektionismus Ernst gemacht worden. Wichtig aber ist die Tatsache, daß mit den beiden in Genf unterzeichneten Abkommen zum ersten Male so etwas wie Kollektivhandelsabkommen abgeschlossen worden sind. Diese Abkommen bleiben aber auf dem Papier stehen, falls sie nicht von den Parlamenten der beteiligten Länder ratifiziert werden. Ob das auf jeden Fall geschehen wird, kann man leider nicht behaupten, da die Vertreter mehrerer Regierungen schon in Genf durchblicken ließen, daß sie die Ratifikation durch die Parlamente ihrer Länder für fraglich halten. Allem Anschein nach bedarf es, um die Ratifizierung zu sichern, noch besonderer Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Ländern. Die gegebene Gelegenheit dafür dürften die Handelsvertragsverhandlungen bieten. So werden die Polen und auch wohl die Tschechoslowakei zweifellos ratifizieren, wenn sie mit Deutschland befriedigende Handelsverträge erhalten bezw. wenn das bestehende Handelsprovisorium in ein endgültiges Abkommen umgewandelt wird. Auch die Beantwortung der Frage, ob das englische Farbstoffgesetz nach dem Jahre 1930 weiter bestehen bleibt oder nicht, hängt wohl davon ab, ob sich Deutschland und England auf dem Gebiete der Kohle verständigen. Hingegen wird Amerika, an dessen Ratifizierung z. B. Deutschland großes Interesse hat, als Gegenleistung für die Ratifizierung eine endgültige Regelung der Aluminium- und der Filmfrage fordern. Auf diesen Gebieten wird die amerikanische Einfuhr bekanntlich durch Preiskämpfe bezw. Einfuhrverbote stark beeinträchtigt. Das Filmeinfuhrverbot stand in Genf nicht zur Debatte, da der Film eine „kulturelle" Ware sei.

Auf dem Wege zur Ratifikation der beiden Genfer Abkommen droht allerdings die Gefahr, daß Konventionen, die von den Vertretern der beteiligten Staaten im Rahmen des Völkerbundes bereits gutgeheißen und anerkannt wurden, nochmals bei den handelspolitischen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern zu Streitobjekten gemacht werden. Bei der engstirnigen protektionistischen Einstellung vieler Regierungen in Europa kann man, falls dieses dennoch geschehen sollte, damit rechnen, daß es überhaupt nie zu einer Ratifizierung kommt und daß man in Genf umsonst gearbeitet hat. Die im Juli angenommenen Konventionen in Genf sind deshalb ein Prüfstein, ob sich Europa von einem verderblichen Protektionismus abwenden will oder nicht.

Französisch-spanische Freundschaft

Die Einweihung des Tunnels von Canfranc — Ansprachen von König Alfons und Präsident Doumergue

Canfranc. König Alfons von Spanien und Präsident Doumergue haben Mittwoch mittag gemeinsam den Bau eingeweiht, den Frankreich und Spanien zwischen Pau und Saragossa verbinden soll. Die Begrüßung der beiden Staatsoberhäupter auf dem internationalen Bahnhof von Canfranc war herzlich. Nach der Vorstellung des beiderseitigen Gefolges fand in einer Halle des festlich geschmückten Bahnhofes ein Frühstück statt, nach dem sich König Alfons und Präsident Doumergue zuvor im Privatsalon unterhalten hatten, während in einem zweiten Zimmer die französischen Minister Barthou und Tardieu mit dem General Primo de Rivera und den beiderseitigen Botschaftern sprachen. Nach dem amtlichen Bericht hielt König Alfons eine Ansprache in der er u. as darauf hinwies, daß die Einweihungsfeier in eine Zeit des Friedens und des Gedeihens beider Länder falle die sich in engster und herzlichster Zusammenarbeit von dem schwierigen marrokanischen Problem fanden, dessen Lösung ihnen zum Vorteil und der Gesamtheit der Menschen gelungen sei. Spanien und Frankreich knüpften täglich engere Beziehungen gefühlsmäßigen, geistigen und wirtschaftlichen Charakters. Da sei es ganz natürlich, daß auch die Verbindungslinien vermehrt würden, um den gegenseitigen Austausch enger zu gestalten. Spanien suche, nachdem es vorübergehend andere Grundsätze aufgehoben habe, nach neuen Mitteln, die alte Herrschaft einzuführen, wo es Irrtümer und Fehler vermeiden wolle, wie eine lange Erfahrung gezeigt hätten. Der König schloß, er grüße in dem Präsidenten den Vertreter Frankreichs, des Landes, das der ruhmreiche Führer der Völker sei. Präsident Doumergue antwortete mit Dankesworten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die gegenseitigen Beziehungen immer stärker entwickeln müßten, trotz aller Schwierigkeiten, die zeitweilig durch den Gegensatz der Interessen entstehen könnten. In Marokko hätten beide Staaten im Bewußtsein der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens ihre Waffen zum Siege vereint. Vor allem aber sei es die gemeinsame Hingebung, als Ideal des Friedens, die Frankreich und Spanien teilten. Beide hätten die Aufgabe, den Frieden, die Gerechtigkeit und das Recht zu schützen.

Anschließend an das Frühstück fand in einem Extrazug eine Fahrt durch den neuerbauten Tunnel statt. Auf der französischen Tunnelseite erwartete ein zweites Frühstück die Staatsoberhäupter. Auch hierbei wurde wieder erneut in kurzen Ansprachen der Bedeutung des Tages Ausdruck verliehen. Vor der Rückkehr des Königs nach Spanien hielt der franz. Arbeitsminister Tardieu eine kurze Ansprache, in der er die Bedeutung der neuen Bahnlinie für Frankreich unterstrich. Präsident Doumergue wird noch heute abend wieder in Paris eintreffen.



Der Militärgouverneur von Chinesisch-Turkestan erschossen

General Yangtseng (im Bilde), der Militärgouverneur von Chinesisch-Turkestan, wurde in Urumtschi von der Eskorte des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten erschossen.

Unfall des Ozeanfliegers Levine

Neuyork. Auf dem Flugplatz von Curtisfield ist der Ozeanflieger Levine mit der „Columbia" abgestürzt. Levine blieb, ebenso wie sein Begleiter, Major Fleming, unverletzt. Das Unglück ereignete sich unmittelbar nach dem Start. Zweimal drohte Levine mit dem Dach der Flugzeughalle zusammenzustoßen. Bei dem dritten Versuch zu landen, stürzte Levine dann ab.

Der französische Plan zur Auffindung Gilbauds-Amundsen

Paris. Das französische Marineministerium veröffentlicht seinen Hilfsplan zur Auffindung Gilbauds-Amundsen. Es wird u. a. ausgeführt, daß Admiral Herr sofort nach seiner Ankunft im Eismeer am 30. Juni eine enge Verbindung mit der norwegischen Admiralität geschaffen hat. Alle für die Nachforschungen nützlichen Erkundigungen wurden aus bester Quelle geschöpft. Genaue Angaben über die seit dem 18. Juni herrschenden Windströmungen zwischen dem Norden Norwegens und Spitzbergens haben zuerst, die Erforschung der westlichen Eisfelder nahegelegt, nach denen das Flugzeug Gilbauds rasch abgetrieben sein muß unter der Voraussetzung, eines Niedergehens infolge ernster Havarie. Der Kreuzer Strasbourg das Küstenboot Tordenskjöld, das Fischerboot Michael-Sars, Hobby und der Walfischfänger „Hejmland" haben sich in die Zone der westlichen Eisfelder geteilt. Diese Gegend wurde zweimal zwischen der Insel jan-Mayen und dem 75. Breitengrad und dreimal zwischen diesem und dem Norden von Spitzbergen durchforscht. Zu der gleichen Zeit durchforschten die Kriegsschiffe und Flugzeuge, die nach den Genossen von Nobile suchten die östliche und nordöstliche Gegend. 13 Schiffe, sowie 13 Flugzeuge haben bis zu diesem Tage sich an den Nachforschungen beteiligt. Außerdem sind noch zwei Wasserflugzeuge für die Strasbourg unterwegs.

Endregelung der Reparations-Verpflichtungen

Eine Erklärung des englischen Schatzkanzlers.

London. Schatzkanzler Churchill erklärte am Mittwoch nachmittag im Unterhaus, die Regierung habe von den letzten Erklärungen des Generalagenten für die Reparationszahlungen und des deutschen Reichskanzlers Kenntnis genommen und sei bereit, irgendwelche Vorschläge für die Endregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu prüfen, vorausgesetzt, daß diese Vorschläge die Wahrung der Rechte und Interessen Großbritanniens in Uebereinstimmung mit seiner Politik gewährleisten. Soweit ihm bekannt sei, so erklärte Churchill, seien bisher keine genauen Vorschläge gemacht worden und er glaube nicht, daß irgend ein Schritt seitens der britischen Regierung in dieser Frage nötig oder ratsam sein würde.

Louba der Spieler

Roman von Edgar Wallace.

34)

„Ich kann nicht. Ich habe mein Ehrenwort gegeben."

„Oh, Frank!" Jetzt, da sie wußte, daß es unmöglich war, wurde ihr Verlangen, ihn entkommen zu sehen, nur um so größer. „Dein Leben kann davon abhängen... und der kleine Mann sagte, er würde dich beherbergen, falls du nicht gerne das Land verlassen möchtest."

„Was für ein kleiner Mann?" fragte er scharf.

„Der, von dem ich dir gestern abend erzählte. Er war auch vor Braymore House. Er hat mich heute morgen aufgesucht."

„Wer ist er? Er sprach mich gestern abend an. Ich glaube, er wußte, daß Louba tot war. Warum hat er das Angebot gemacht?"

„Er möchte nicht, daß irgend jemand wegen Loubas Tod Unannehmlichkeiten bekommt. Er meint, Louba sei es nicht wert."

„Ist das der einzige Grund? Hat er dir seine Adresse gegeben?"

„Ja, willst du hingehen?"

„Ich muß hierbleiben, wo man mich finden kann. Aber die Polizei könnte sich dafür interessieren."

„Oh, du glaubst also, er könnte den Mord begangen haben?"

„Ich weiß es nicht. Ich weiß nur soviel, daß ich ihn jedenfalls nicht beging. Er scheint etwas damit zu tun haben. Falls er unschuldig ist, dann kann er sich durch die Beantwortung einiger Fragen nicht im geringsten schaden."

„Aber selbst wenn er unschuldig wäre, würde er Scherereien bekommen, weil er dich bei sich aufnehmen wollte."

„Man braucht das ja gar nicht gleich anzugeben. Ich werde es Hurley Brown persönlich mitteilen, und er wird dann den Mann ganz unauffällig aufsuchen und seine Feststellungen machen, ohne ihm zu nahe zu treten. Das heißt, falls alles in Ordnung ist. Du hast ihn nicht gefragt, was er weiß?"

„Es ist nicht leicht, eine präzise Antwort von ihm zu bekommen, jedenfalls nicht, wenn man ihn über Louba ausfragt."

„Hast du die Adresse bei dir?"

„Oh, ich glaube nicht. Es fällt mir ein, daß ich sie irgend wohin legte, um sie in meine Tasche zu tun, wenn ich zu dir ginge, aber ich vergaß ganz. Sie wird dort liegen, wo ich sie hingelegt habe. Ich werde sie holen gehen. Kannst du nicht mitkommen?"

„Es hält mich nichts ab. Ich werde bei Frau Sitwell hinterlassen, wo ich hingehe, falls man mich braucht."

Als sie gemeinsam das Haus verließen, hielt gerade ein Auto an der Bordschwelle, und Trainor und ein Kriminalbeamter in Zivil stiegen aus.

„Bedaure, Herr Leamington," sagte Trainor, „aber ich muß Sie verhaften unter dem Verdacht, Emil Louba ermordet zu haben."

„Aber — aber —" stammelte Frank, während er sich entfärbte, „Hauptmann Hurley Brown sagte doch..."

„Tut mir außerordentlich leid," sagte Trainor und lud ihn mit einer Handbewegung zum Einsteigen ein. „Aber Hauptmann Brown ist nicht die höchste Instanz."

„Also gut," sagte Frank und wandte sich dann an Beryl. „Sei standhaft, Beryl. Vielleicht wird es sich aufklären. Vergiß nicht festzustellen, was der kleine Mann eigentlich weiß. Wenn er vor Braymore House war, dann hat er möglicherweise den wirklichen Mörder gesehen."

„Wer ist das?" fragte Trainor.

„Ein Mann, den wir beide, Fräulein Martin und ich, gestern abend vor Braymore House sahen. Fräulein Martin besitzt seine Adresse."

Sie nickte. Plötzlich deutete sie zur nächsten Ecke.

„Dort ist er!" rief sie. „Er ist fort!"

Der Kriminalbeamte rannte ihm nach, kehrte aber in wenigen Augenblicken zurück. Der kleine Mann war wie vom Erdboden verschwunden.

„Nehmen Sie an, daß er irgend etwas über das Verbrechen weiß?" fragte Trainor.

„Nein. Das kann ich unter keinen Umständen behaupten. Nur: er war dort, er sah mich hineingehen, er kann deshalb auch noch andere Leute gesehen haben."

„Können Sie mir seine Adresse telephonieren, Fräulein Martin?" fragte Trainor.

„Ja, sofort, sowie ich zu Hause bin," antwortete sie und biß sich auf die zuckenden Lippen, als die Autodroschke davonrollte.

Ein Besuch in der winzigen Wohnung in Balham förderte jedoch nichts zutage. Sie war verschlossen, und ihr Inhaber kehrte nicht zurück, obgleich man seinem Erscheinen mit einigem Interesse entgegensah.

Eine Untersuchung der drei kleinen Zimmer förderte ebenfalls nichts als Enttäuschungen zutage. Man fand nichts, woraus hervorging, wer der Wohnungsinhaber war und was er war. Nachforschungen ergaben nur, daß er ein ruhiger kleiner Herr sei, der seine Miete prompt bezahlte und die Wohnung schon einen ziemlichen Teil des Jahres über bewohnte.

„Wie sind Sie ihm begegnet, Fräulein Martin?" fragte Trainor, der sie am Abend von Franks Verhaftung besuchte.

„Er kam heute morgen zu mir und erklärte, er würde mit Freuden Frank aus der Patsche helfen," sagte sie.

„Sagte er, welcher Art diese Hilfe sein sollte?" inquirierte Trainor.

Sie hatte sich mittlerweile an das Verhörtwerden gewöhnt und behielt die Fassung.

„Nein," erklärte sie.

Sie konnte nicht vergessen, daß der Mann Frank hatte beherbergen wollen.

„Entschuldigte er sich, daß er als Fremder seine Dienste anbiete?"

„Er hielt es für eine Schande, daß Loubas Tod unschuldige Menschen ins Verderben bringen sollte."

„Er wollte von Louba nichts wissen?"

„Das sagte er nicht. Er war ein sehr harmloser kleiner Mann, Herr Trainor. Ich glaube nicht, daß es menschlich möglich ist, daß er seine Hand im Spiele hatte. Herr Louba hätte ihn zermalmen können."

„Wenn er draußen war, konnte er Schmiere gestanden haben, während sein Komplize in der Wohnung sich aufhielt."

„Je nun, er versuchte nicht, jemanden zu warnen, solange ich in der Nähe war. Ganz im Gegenteil, er sprach mich an und schien es auch keineswegs eilig zu haben, mich fortzubekommen."

„Warum rannte er weg, als Sie heute morgen nach ihm deuteten?"

„Vielleicht deshalb," sagte sie mit einer Spur von Bitterkeit, „weil er sah, daß schon ein Unschuldiger verhaftet wurde. Und da nahm er an, niemand sei seiner Haut sicher, der sich nur im Umkreis von einem Kilometer um Braymore House herum aufgehalten hatte."

„Nun", sagte Trainor, als er sich zum Gehen wandte, „Herr Leamington war näher als einen Kilometer, und deshalb können wir unbedingt die Möglichkeit einer neuen Fährte nicht verlieren."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der „Polska Zachodnia“ ins Stammbuch

Wie die Arbeiterschaft auf die Provokationen reagiert.

Auf unseren Artikel „Die Gleichberechtigung in der Praxis“ antwortet die deutschfresserische „Polska Zachodnia“ in einer Art, die so recht ihren Katzenjammer bestätigt. Darauf zu antworten, halten wir unter unser Würde und überlassen den Lesern das Urteil selbst. Wie aber die polnisch-sozialistische Arbeiterschaft über diese Vorgänge denkt, und wie sie auf die Wühlarbeit der polnischen Chauvinisten reagiert, möge die nachstehende Resolution Zeugnis ablegen, so daß wir uns jedes weitere Wort an die nationalistischen Provokateure ersparen können.

Resolution

beschlossen in der Konferenz der Vertrauensmänner und der sozialistischen Abgeordneten der PPS. und der DSAP. und der Klassenkampfgewerkschaften, die am 18. Juli d. J. im Arbeiterheim in Bielitz abgehalten wurde.

Die durch die D. S. A. P. einberufenen öffentlichen Versammlungen in Bielitz, Lobnitz und Nickelsdorf, um gegen die unzulässigen Praktiken bei der Schulbeschreibung Protest zu erheben, sind durch gedungene, aus fremden Gemeinden hergetriebene Individuen, an deren Spitze Lehrer und der Sekretär des Bielitzer Schulinspektorats standen, zerschlagen worden.

Die versammelten Vertrauensmänner erheben den schärfsten Protest gegen diese schändlichen Kampfmethoden und erklären, daß die organisierte Arbeiterschaft unter keinen Bedingungen derartige Kampfmethoden dulden wird.

Die versammelten Vertrauensmänner, und besonders die anwesenden Abgeordneten, erklären kategorisch, daß sie gemäß den sozialistischen Gesichtspunkten verlangen, daß das Elternrecht volle Wahrung erfährt und daß den Eltern allein das Entscheidungsrecht über die Wahl der Schule für ihre Kinder gewahrt bleibt.

Gleichzeitig sprechen die versammelten Vertrauensmänner ihr Vertrauen dem Genossen Adolf Schindler aus für seine opferreiche Arbeit in den Klassenkampfgewerkschaften und fordern ihn auf, daß er, ungeachtet der verantwortungslosen Angriffe gegen seine Person auf seinem Posten verbleibt, so lange dieses die Vertrauensmänner seiner Organisation verlangen.

*

Zum Verständnis des letzten Absatzes der Resolution wollen wir bemerken, daß einige Ueberpatrioten, längst ausgeschiedene Mitglieder aus den Klassenkampfverbänden, den Genossen Schindler nachts überfallen haben und von ihm die Zusage erpressen wollten, daß er als Deutscher die Obmannschaft im Metallarbeiterverband niederzulegen habe. Daraus geht deutlich hervor, daß sich gewissenlose Elemente hinter frühere Gewerkschaftler stellen, die Beseitigung eines deutschen Obmanns fordern, um so Zwietracht in die Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft zu tragen. Diese Arbeit wird ihnen nicht gelingen, dessen mögen die Herrn, die sich der guten Beziehungen zu den Behörden rühmen, sicher sein. Wir halten es im Moment nicht für gegeben, zu der Wühlarbeit im Bielitzer Gebiet Namensnennungen zu machen. Unser Material ist umfangreich genug, um die provokatorische Arbeit zu demaskieren, die darauf hinauszielt, die sozialistische Einheitsfront der Arbeiterschaft zu zerschlagen. Und hinter dieser Arbeit stecken Freunde der „Polska Zachodnia“, die ihr oberschlesisches Betätigungsfeld bereits abgegraft sehen. X. Y. Z.

Noch immer nicht beruhigt ...

In der „Polska Zachodnia“ ist man noch immer gekränkt und kann sich ob unserer Vorwürfe nicht beruhigen. Jedenfalls ein guter Beweis dafür, daß der Stich ins Wespennest mächtig getroffen hat. Heute bringt „Ostrowidz“ natürlich wieder ein unheimliches Elaborat, in dem er sehr ausführlich uns und seinen Lesern erzählt, in welcher Art die „Polska Zachodnia“ das Inserationsgeschäft betreibt. Ach, was ist doch „Ostrowidz“ für ein Meister im „Drehen und Winden und Lügen“! Der Neid muß es ihm lassen, er hat bei den Sanatoren was gelernt. Aber wir sind auch nicht so „ohne“ und deshalb machen seine Unschuldsbeteuerungen und sonstigen Faseleien keinen Eindruck auf uns. Auch nicht das ständige Drohen mit dem Gericht. Möglich, daß er bei den Zachodnialesern mehr Glück damit hat. Aber für uns liegt das so vielfach erörterte Insertionsgeschäft sehr klar da. Haben wir erst einmal die Anklageschrift vor uns, dann werden wir uns gestatten, einige nette Kontroverse zwischen Kaufleuten und Zachodnia-Akquisiteuren zu veröffentlichen, welche die Oeffentlichkeit bestimmt mit großem Interesse aufnehmen wird, nur nicht „Ostrowidz“ und Pan Rumun.

Von der Krankenkasse der „Spolka Bracka“

Der Vorstand der „Spolka Bracka“ hat in der Krankenkasse eine siebente Lohn- und Beitragsstufe ab 2. Juli d. J. eingeführt. Der Beitrag in der 1. Klasse bei einem Tagesverdienst von 2.50 Zloty (Monatsverdienst bei 25 Arbeitstagen 62.50 Zloty) beträgt wöchentlich 0.33 Zloty, in der 2. Klasse bei einem Tagesverdienst von 3.50 (Monatsverdienst 87.50 Zloty) 0.50 Zloty, in der 3. Klasse bei einem Tagesverdienst von 5.00 Zl. (Monatsverdienst 125.00 Zl.) 0.74 Zloty, in der 4. Klasse bei einem Tagesverdienst von 7.00 Zl. (Monatsverdienst 175.00 Zl.) 1.07 Zloty, in der 5. Klasse bei einem Tagesverdienst von 8.50 Zl. (Monatsverdienst 212.50 Zl.) 1.32 Zloty, in der 6. Klasse bei einem Tagesverdienst von 11.50 Zl. (Monatsverdienst 287.50 Zl.) 1.73 Zloty, und in der 7. Klasse bei einem Tagesverdienst von 11.50 Zl. (Monatsverdienst 287.50 Zl. und darüber) 2 08 Zl.

Das Krankengeld bei gewöhnlichen Krankheiten und bei Unfallverletzungen bis zum Ablauf der vierten Krankenwoche beträgt die Hälfte des Grundlohnes und das ist: In der 1. Klasse 1.00 Zloty täglich, in der 2. Klasse 1.50, in der 3. Klasse 2.25, in der 4. Klasse 3.25, in der 5. Klasse 4.00, in der 6. Klasse 5.25 und in der 7. Klasse 6.30 Zloty.

Bei Unfällen ab der 5. Krankenwoche bis zum Ablauf der 13. Woche beträgt es zwei Drittel des Grundlohnes und zwar: 1. Klasse 1.33, 2. Klasse 2.00, 3. Klasse 3.00, 4. Klasse 4.33, 5. Klasse 5.33, 7. Klasse 8.40 Zloty.

An Sterbegeld wird das 25fache des Grundlohnes gezahlt und zwar: In Klasse 1 50.00 Zloty, Klasse 2 75.00, Klasse 3 112.50, Klasse 4 162.50, Klasse 5 200, Klasse 6 262.50, Klasse 7 315 Zloty. Für die Invaliden und Halbinvaliden beträgt das Sterbegeld 100 Zloty, für weibliche Invaliden und Halbinvaliden 70 Zloty, für Ehefrauen von arbeitenden Mitgliedern 90 Zloty, für Invaliden, Witwen und Halbwitwen 70 Zloty, für Kinder der noch arbeitenden Mitglieder 45 Zloty, für Kinder der Invaliden, Halbinvaliden, Waisen und Halbwaisen 35 Zloty.

Die Anerkennungsgebühr beträgt monatlich 50 Groschen. Die Einschreibgebühr für weibliche Mitglieder 1.50 Zl., für männliche Mitglieder 3.00, ein Duplikat 1.00 Zloty.

Die Entbindungskosten bei weiblichen Mitgliedern betragen in der 1. Klasse 1.00 Zloty pro Tag, 2. Klasse 1.50, in der 3. Klasse 2.25, in der 4. Klasse 3.25, in der 5. Klasse 4.00, in der 6. Klasse 5.25, und in der 7. Klasse 6.30 Zloty.

Die Säuglingskosten betragen in der 1. Klasse 0.50 Zl., in der 2. Klasse 0.75, 3. Klasse 1.12½, 4. Klasse 1.62½, 5. Klasse 2.00, 6. Klasse 2.62½, 7. Klasse 3.15 Zloty.

Das Krankengeld für die in Lazaretten verpflegten Knappschaftsmitglieder (Hausstandgeld) mit mehr als einem Kinde beträgt 40 Prozent des Grundlohnes, und zwar: In der 1. Klasse 0.80, 2. Klasse 1.20, 3. Klasse 1.80, 4. Klasse 2.60, 5. Klasse 3.20, 6. Klasse 4.20, 7. Klasse 5.04 Zloty. Bei einem Kinde oder kinderloser Familie beträgt das Hausstandgeld in der 1. Klasse 0.60, 2. Klasse 0.90, 3. Klasse 1.35, 4. Klasse 1.95, 5. Klasse 2.40, 6. Klasse 3.15, 7. Klasse 3.78. Bei Ledigen beträgt das Taschengeld während der Krankenzeit in der 1. Klasse 0.20, 2. Klasse 0.30, 3. Klasse 0.45, 4. Klasse 0.65, 5. Klasse 0.80, 6. Klasse 1.05, 7. Klasse 1.26 Zloty.

Dieses gilt ab 2. Juli 1928.

Aus dem Königshütter Stadtparlament

In geradezu beängstigender Weise machten sich in der gestrigen öffentlichen Sitzung die gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Hitze der letzten Tage bemerkbar. Denn eine so heillos verfahrene Sitzung, bei der alles so verwirrend durcheinander ging, haben wir eigentlich noch gar nicht erlebt. So muß es damals beim Turmbau von Babel zugegangen sein. Aber der Herr Stadtverordnetenvorsteher hatte es den Stadtvätern auch nicht leicht gemacht, denn die Tagesordnung war nach dem Kattowitzer Muster aufgestellt, also sehr ausgiebig, wenn auch nichtssagend. Außerdem sind viele der Punkte bereits bei anderen Gelegenheiten und früheren Sitzungen wiederholt behandelt worden. Scheint so, als ob manche der braven Stadtväter unter die Wiederkäuer gegangen wären. Schon diese Komödie mit den Abstimmungen über die Waisenräte, ließ auf einen kleinen Gehirndefekt schließen, aber es kam noch besser als über das neue Stadtwappen beraten wurde. Königshütte will sich nämlich ein neues Stadtwappen zulegen und beauftragte mit dem Entwurf den Krakauer Professor Kamienski mit der Ausführung, der drei Entwürfe anfertigte. Und über die Auswahl konnte man nicht einig werden, was die Köpfe so in Siedehitze brachte, daß man sich gegenseitig wenig schmeichelhafte Injurien an den Kopf warf, von seiten der deutschen Wahlgemeinschaft und den Nationalpolen. Die Sache sah außerordentlich gefährlich aus und irgendein ungezogener Rüpel von der Tribüne fühlte sich auch verpflichtet, seinen Senf dazuzugeben. So ziemlich in derselben Weise ging es zu, als einige Anträge für die Arbeitslosen gestellt wurden. Hier hatten wir wenigstens die kleine Freude, den Senator a. D. Herrn Mejer wieder als Redegenie und als Menschenfreund bewundern zu dürfen. Ein kleiner Lichtblick in diesem durcheinander. Und nicht unerwähnt soll auch der zweite Bürgermeister, Herr Dubiel, bleiben. Auch er gab in nichts Herrn Mejer nach. Beide sind hervorragende Arbeitervertreter. Ein wahres Glück für die Stadt. Sehr viel Raum für diese Sitzung zu verschwenden, verlohnt nicht, wozu mit elendem Geschwätz den Leser ermüden.

* * *

Die Eröffnung vollzog der Stadtverordnetenvorsteher Strozyk mit dem Bekanntgeben verschiedener Angelegenheiten und Dringlichkeitsanträge. So hat der Magistrat es abgelehnt, das Stadtblatt weiterhin auch in der deutschen Sprache herauszugeben. Die seiner Zeit von der Stadt übernommene Garantie für die Anleihe von 25 000 Dollar der Gasanstalt ist hinfällig geworden, da letztere den Betrag bereits zurückgezahlt hatte. Für den ausgeschiedenen Stadtv. Kopczynski der polnischen Fraktion, wurde Stadtv. Majenski eingeführt, in den Vorbereitungsausschuß Stadtv. Pietrzak. Dann folgte die Wahl von Mitgliedern in die einzelnen Kommissionen, denen sich die von Waisenräten anschloß. Hier wurden die Genossen Wilh. Zelder und Koppel gewählt, ersterer für 16. Bezirk, letzterer für 23., gleichzeitig als stellvertretende Bezirksvorsteher. An diese Wahl, die ermüdend feierlich vor sich ging, schloß sich die Erledigung rein formeller Angelegenheiten und zwar die Bewilligung von Kosten für Straßenreparaturen und Kanalisationen.

Bis hierher ging alles sehr ruhig zu, nur als der nächste Punkt, Benennung des Verbindungsweges zwischen der Szopena und Piastowska an der „Bank Polski“ an die Reihe kam, begann es zu gären. „Ulica Bankowa“ hätte die polnische Fraktion diesen Weg getauft gesehen, aber nach scharfen Wortplänkeleien lehnte die Taufe die Wahlgemeinschaft ab, was polnischerseits gerade nicht mit Freude verbucht wurde. Dem folgten wieder nebensächliche Angelegenheiten, bis das Stadtwappen zur Erörterung kam. Hier gingen die Meinungsverschiedenheiten kraß auseinander und durcheinander. Es entspann sich eine Gezanke, wie man es gewöhnlich auf Wochenmärkten zwischen Händlerinnen beobachten kann. Herr Mejer und Herr Piertrzak spielten in diesem die Hauptrolle. Wir stehen dieser Wappengeschichte gleichgültig gegenüber, denn was interessiert schließlich den Arbeiter ein solches. Auch hier trug die Wahlgemeinschaft den Sieg davon, kraft ihrer Mehrheit, nur befürchten wir, daß sie sich dieses nicht allzulange erfreuen wird. Nachdem noch ein rein formeller Beschluß gefaßt wurde, vom Schlesischen Hausschatz eine Anleihe von drei Millionen Zloty aufzunehmen, kamen die Dringlichkeitsanträge an die Reihe.

Der erste betraf die Gewährung von Krediten an die durch das Unwetter geschädigten Hausbesitzer von insgesamt 31 000 Zloty. Der Antrag wurde angenommen. Dagegen kunterbunt ging es beim folgenden, der für die jüdische Gemeinde als Beihilfe für 45 Ferienkinder 3000 Zloty forderte. Herr Stadtverordn. Kainz begründete diesen Antrag und sprach fortwährend von den ärmsten der Armen. Es sieht uns aber aus, als wenn das Elend innerhalb der jüdischen Gemeinde in gar keinem Vergleich zu den übrigen steht und von den ärmsten der Armen kann hier gar keine Rede sein. Herr Mejer setzte sich für die 3000 Zloty auch warm ein, aber viel Anklang fand er unter seinen Fraktionsgenossen nicht. Nach endlosen erregten Debatten wurde der Antrag an den Magistrat verwiesen.

Der dritte Antrag war von der „Jednosc“ eingereicht und betraf wieder die Arbeitslosenfrage. So wurde für alle Arbeitslosen, Invaliden, Witwen und Waisen eine einmalige Unterstützung verlangt, und zwar pro Kopf für den Mann 15 Zloty, die Frau 10 Zloty und jedes Kind 1 Zloty, Einrichtung von billigen Läden, Schaffung von Badegelegenheit und Anbringung von Trinkgefäßen an die öffentlichen Wasserpumpen. Zu dieser Forderung, die uns nicht neu ist, haben wir bereits oft Stellung genommen und unsere Ansicht präzisiert. Die Not innerhalb der Arbeitslosenkreise ist groß und Abhilfe dringend erforderlich und darum hätten wir es gern gesehen, wenn der Antrag in aller Ruhe und Sachlichkeit durchberaten worden wäre. Von dem war jedoch keine Spur, man machte nur in Reklame, besonders bei der Deutschen Wahlgemeinschaft. (Herr Mejer präsentierte sich hier als Arbeitervertreter und Menschenfreund.) Allmählich trat aber eine Beruhigung ein und man überwies den Antrag dem Magistrat wie immer. In allen 4 Punkten soll jedoch Abhilfe geschaffen werden.

Ein weiterer Antrag, gestellt von dem Stadtverordn. Masurek, betraf die Autoraserei in der Stadt. Die vielen Unfälle, die in der letzten Zeit vorkamen, sind lediglich darauf zurückzuführen, weil die Chauffeure die vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit nicht einhalten und deshalb wird der Magistrat ersucht, bei der Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß auf die Einhaltung der Verkehrsvorschriften mehr geachtet wird. Dieser Antrag ging gleichfalls an den Magistrat.

Und zum Schluß führte Stadtverordn. Biala bittere Klagen über den katastrophalen Wassermangel, der sich besonders auf den Gruben- und Hüttenanlagen bemerkbar macht. Hier war allerdings guter Rat teuer, denn damit haperts in der ganzen Wojewodschaft. Aber es soll versucht werden, Abhilfe zu schaffen. Wie überall. Die öffentliche Sitzung, die abzuhalten absolut nicht notwendig war, konnte jetzt geschlossen werden.

Wichtig für Rentenbezieher der Spolka Bracka

Nach einer Bekanntmachung der Administration der Spolka Bracka wurden die Leistungen der Knappschaftskasse an Unterstützungsempfänger wiederholt überzahlt, da das Ableben der letzteren seitens der Hinterbliebenen, welche dadurch die Knappschaftsleistungen weiter in Anspruch nehmen wollten, absichtlich verheimlicht wurde. Zwecks Unmöglichmachung einer betrügerischen Ausnutzung der Knappschaftskasse besteht eine Verordnung, wonach einmal im Jahre, und zwar im Monat August, eine amtliche Bescheinigung, laut welcher die Unterstützungsempfänger, die sich am Leben befinden, vorzulegen ist. Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen, wie auch die laufenden Unterstützungen für den Monat August d. J. werden demnach nur nach Vorlegung einer amtlichen Lebensbescheinigung ausgezahlt. Die Unterstützungsempfänger können entsprechende Formulare bei den Knappschaftsältesten erhalten und diese der Ortsbehörde (Magistrat, Polizei, Amtsvorstand usw.) zwecks Bestätigung vorzulegen. Diese beglaubigte Lebensbescheinigung ist dem die Knappschaftsleistungen für den Monat August d. J. auszahlenden Beamten abzugeben. Die Knappschaftsältesten wurden beauftragt, von Monat August ab an Unterstützungsempfänger, welche keine bezw. ungenügend ausgefüllte Lebensbescheinigungen beigebracht haben, die Knappschaftsleistungen (Pensionen) nicht zu zahlen. Es liegt somit im Interesse der Unterstützungsempfänger selbst, wenn sie sich um die Lebensatteste im Monat August bemühen, um dadurch einen Verzug in der Auszahlung vorzubeugen. Es wird ausdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, daß die erwähnten Lebensbescheinigungen lediglich nur dazu dienen, um festzustellen, ob sich die Unterstützungsempfänger noch am Leben befinden.

Einstellung der Kohlentransporte auf der Przemsa

Die Hitze hat nicht nur das Wasser in unseren Wasserleitungen verdrängt, sondern auch die Flußbette ausgetrocknet In der Weißen Przemsa macht das Baden nicht mehr soviel Spaß wie früher und die beiden vereinigten Gewässer der Schwarzen und der Weißen Przemsa genügen nicht mehr für die Kohlentransporte, die zu Beginn dieser Woche eingestellt werden mußten. Die Nikfagrube hat auf der Przemsa in der letzten Zeit viel Kohle verfrachtet und selbst von der Myslowitzgrube sah man Lastautos schöne Stückkohle zum Przemsahafen schleppen. Sind doch die Wassertransporte erheblich billiger als die Bahntransporte. Die 300-Tonnen-Kähne schleppten die Kohle über Krakau bis Sandomirz. Dazwischen kam aber die Hitze und legte die Kohlentransporte lahm. Bis wieder größere Wassermassen erscheinen, wird wahrscheinlich längere Zeit dauern, denn es sieht gar nicht danach aus, daß es demnächst regnen wird. Nun müßte aber ein anständiger Regen kommen, wenn die Kohlentransporte von neuem beginnen sollen.

Kattowitz und Umgebung

750 000 Zloty

für die Vornahme von Straßen-Ausbauarbeiten.

Für die notwendigen Straßenausbauarbeiten in Kattowitz hat die städtische Finanzkommission in Kattowitz den Betrag von ¾ Millionen Zloty aus der aufzunehmenden Anleihe bereitgestellt. Diesem Beschluß ist der Magistrat auf seiner letzten Sitzung beigetreten. Mit der Legung der Bordsteine auf der Krakauer Straße im Stadtteil Zawodzie soll sofort begon-

nen werden. Die Summe von 20 000 Zloty, die zunächst aus dem laufenden Budget gedeckt werden soll, wird der Magistrat für diesen Zweck bereitstellen. An eine Anzahl Sport- und Gesangsverbände werden Subventionen in einer Gesamtsumme von 18 350 Zloty unter der Bedingung überwiesen, daß an die angeschlossenen Ortsgruppen bezw. Vereine entsprechende Beihilfen seitens der Verbände übermittelt werden. 1000 Zloty erhält u. a. der Meistersche Gesangverein in Kattowitz. Für die Luftflottenliga ist ebenfalls eine Subvention in Höhe von 1000 Zloty bereitgestellt worden. Um die Summe von 50 000 Zloty wurde der Fonds zur Beschäftigung von Erwerbslosen verstärkt, damit verschiedene Erdarbeiten beendet werden können. Die Anlieferung von 1000 Tonnen inländischer Pflastersteine soll durch die Firma Radlicz erfolgen. 500 Stück Mülleimer sollen in Auftrag gegeben und angeliefert werden. Der Abschluß eines Vertrages mit dem städtischen Arzt Dr. Raszak am Kinderspital ist vorgesehen. Die Zentralheizungsanlage in der Kattowitzer Mittelschule soll für die dort untergebrachte Hauswirtschaftsschule entsprechend erweitert werden.

Zur Lage im Friseurgewerbe. Am gestrigen Mittwoch fanden sich unter Vorsitz des Demobilmachungskommissars im Polizeidirektionsgebäude in Kattowitz erneut Vertreter der Arbeitgeber, sowie der Arbeitnehmer zusammen, um über die Lage im Friseurgewerbe zu beraten. Da verschiedene Vertreter, welche bereits an der ersten Konferenz teilgenommen hatten, diesmal nicht erschienen, kam es zu keinerlei Verhandlungen und Kompromissen, vielmehr beabsichtigt der Demobilmachungskommissar, eventl. am Freitag eine erneute Konferenz einzuberufen, und zwar nach Einholung von Informationen zwecks Regelung der Streitfragen für die gesamte Wojewodschaft. Wie man hört, finden weitere Verhandlungen zwischen den Friseurmeistern und den Gehilfen statt, zwecks weiterer Erwägungen hinsichtlich einer eventl. Einigung.

Mehr Ordnungssinn! Vor kurzer Zeit hat der Magistrat in Kattowitz im Stadtinnern eine beträchtliche Anzahl neuer Drahtkörbe für Papierreste, Obstabfälle usw. zugleich mit entsprechenden Aufschriften anbringen lassen und zwar lediglich zu dem Zweck, um eine Verschandelung des Straßenbildes durch achtloses Fortwerfen von Abfällen aller Art, zu unterbinden. Es muß leider festgestellt werden, daß seitens der Bürgerschaft diesen neuangebrachten Körben zu wenig Beachtung geschenkt und die Straße, sowie der Bürgersteig nach wie vor in alter Gewohnheit durch Papierfetzen, Wurst- und Obstreste verunreinigt wird. Es gilt nicht nur an den Ordnungssinn der Passanten zu appellieren, sondern zugleich auf den strafbaren Leichtsinn hinzuweisen, durch welchen man oft die Gesundheit des Mitbürgers in skrupelloser Weise auf's Spiel setzt. Geflissentlich sollte vor allem vermieden werden, Kirsch- und Obstkerne auf den Bürgersteig zu werfen, da Vorübergehende nur zu schnell ausgleiten können. Eltern und Erziehungsberechtigte haben die Pflicht, ihre Pflegebefohlenen zum Ordnungssinn und demzufolge zur Benutzung der Abfallkörbe anzuhalten. Aber auch unsere Ordnungspolizei wird gut daran tun, darauf zu achten, daß manchem Erwachsenen ein wenig Ordnungssinn beigebracht wird, damit man allseits auf den notwendigen „Porządek" hält.

Kommunales aus Schoppinitz. Bei der in diesen Tagen abgehaltenen Gemeindevertretersitzung in Schoppinitz wurde bis auf weiteres die Verlängerung des Ortsstatuts für die Pflichtfeuerwehr angenommen. Laut Antrag des Schulleiters der kath. Volksschule wurden für die Kinder 600 Zloty jährlich bewilligt. Zur Revision der Belege über die allgemeinen Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde für 1927 wurde Inspektor Bonk von der Starostei bestätigt. Zum Schluß einigte man sich für die Durchführung einer Parkettdielung im neuerbauten Gemeindehause nebst der Wohnung des Gemeindevorstehers.

Königshütte und Umgebung

Im Ferienzug.

„Gott, Frau Mayer, war das eine Rumlauferei...! Dies fehlt und das fehlt, dann platzt noch 'n Koffer und..."

„Gustav...! Gustav!! Willst du dich nich' aus'm Coupeefenster lehnen, du ungezogener Bengel?!! Wenn der Kopf ab is', — wie meinen Sie...?

„Hilfenbrecks? Na, die haben ja große Rosinen im Kopf... In die Schweiz wollen sie im August... Wenn ich daran denke, wie die früher rumgelaufen is?!

„Kochfrau is' sie gewesen, Frau Mayer! Wahrhaftig, 'ne richtige Kochfrau! Und jetzt spuckt sie große Töne...! Wissen Sie, der Pöbel..."

„Was macht denn Ihre Schwester, Frau Berger?"

„Na, danke Frau Meyer danke..."

„Jetzt is' sie wieder ganz mobil!... Sah mal schlimm aus mit ihr... Der Arzt... Luischen! Luischen! Was machste denn da an den Butterbroten? Frag' mich, wenn du was haben willst! Freches Gör'! Und dein Vater sitzt dabei und sagt kein Wort!..."

„Was hat denn der Arzt gesagt, Frau Berger?"

„Der Arzt? Ach so, der Arzt! Haarscharf wär' sie beim Abkratzen gewesen... haarscharf... drei Kuren hat sie doch machen müssen und dabei... August, was schreist du denn?! Was hat er gemacht...? Was?? Aber das ist doch wirklich unerhört! Du sollst ihn in Frieden lassen, Emil! Verdammter Bengel! Putz' dir mal die Nase, Luischen...

Wissen Sie, Frau Mayer, diese Kinder!... Ach, mein Mann, Frau Berger, der bekümmert sich um gar nichts. Ich hab' sie auf dem Hals! Was sagen Sie, Frau Mayer? Ich versteh' kein Wort! Mach' doch so keinen Lärm mit der Blechtrompete, Emil! Man versteht ja sein eigenes Geschwätz nicht mehr! Mein Mann sitzt dabei und döst!...

6 Zloty den Tag, Frau Mayer. Ja, ja, es is schon ganz preiswert. Das is' eine Bekannte meines Bruders, wissen Sie... Die hat gute Beziehungen. Wie? Jawohl, jawohl... Man will sich doch nicht neppen lassen! Na, und wie! Die wissen das auszunutzen, die Gastwirte...! Da hat mir doch die Frau Binz... Um Gotteswillen, was ist denn das für ein Geschrei?! Das Luischen?! Wo steckst denn, wo steckst denn...?!!!

Paß doch auf, Mann! Der schläft, der schläft, und wenn die Welt in Trümmer geht...! Wo bist du denn, wo bist du denn? Gott, das Unglückswurm! Auf dem Abort sitzt sie und kann nicht raus, das arme Kind! Emil, hast du da wieder zugeriegelt...? Eine Last hat man mit den Kindern, Frau Mayer... Sehen Sie... und mein Mann... der schläft...!"

Errichtung einer Telephonzelle am Ringe. Vielfachen Wünschen der Bevölkerung entsprechend, will demnächst die Postdirektion auf dem Ringe eine Telephonzelle zur allgemeinen Benutzung errichten lassen. Der Magistrat hat hierzu bereits die Genehmigung erteilt.

Belegschaftsversammlung. Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des „Dom Ludowy", 3. Maja 6, eine Belegschaftsversammlung aller 4 Schächte der Skarbofermc statt. Erscheinen aller Belegschaftsmitglieder erforderlich.

Wichtig für die Belegschaft der Königshütte. Die Hütten- und Werkstättenverwaltung macht durch Anschläge bekannt, daß diejenigen Arbeiter, die in der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 30. Juni 1928 auf eine 25jährige Tätigkeit in den beiden Verwaltungen zurückblicken können, sich zwecks Angaben in den Rechnungs- und Betriebsbrüos melden sollen.

Bezahlt die Miete. Nach einem Magistratsbeschluß werden die Mieter, die in städtischen Gebäuden wohnen, mit der Zahlung der Wohnungsmiete trotz Mahnung im Rückstande sind, trotzdem sie im Arbeitsverhältnis stehen, durch Gerichtsverfahren zur Zahlung herangezogen. Wer sich unnötige Gerichts- und Zwangseintreibungskosten ersparen will, möge seiner Zahlungspflicht genügen.

Wie steht es mit der Auszahlung der Sparguthaben? Infolge mehrfacher an uns gerichteter Anfragen, wann die Auszahlung der mit 85 Prozent aufgewerteten Sparguthaben der Vereinigten Königs- und Laurahütte erfolgen wird, ist uns von gut unterrichteter Stelle mitgeteilt worden, daß bereits alle notwendigen Vorbereitungen getroffen sind bezw. noch werden, da mit dem Ende der Gerichtsferien der seinerzeit gefaßte Beschluß noch gerichtlicher Formalitäten bedarf. Sobald diese erledigt sein werden, wird mit der Auszahlung sofort begonnen.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise nur ein sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer lebenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadthauptkasse in Krol. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswerten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Siemianowitz

Für die Fortbildungsschulen werden fünf Lehrkräfte eingestellt. Der Anmeldetermin ist der 10. August. Nähere Informationen bei der Gemeinde.

Beurlaubt ist der Maschinendirektor Jablonski von der Vereinigten; er wird durch Maschineninspektor Kratz vertreten.

Unfall mit nachträglichem tödlichen Ausgang. An den Folgen eines eigenartigen Unfalles verstarb der Maschinenaufseher Fortuna von Richterschächte. Er war in verdunstende Benzolgase hineingeraten und erlitt einen Herzschlaganfall, an dessen Folgen er verstarb.

Den Wert der Deputatkohlen setzt das Finanzamt bei Einkommensteuerveranlagung mit 26,55 Zloty pro Tonne an.

Bytkow. (Für 10 Zloty Ehrenmitglied.) In Bytkow wurde dieser Tage die erste polnische Kleinkinderschule eingeweiht. Auch Minderheitsbürger erhielten eine Einladung mit dem Hinweis, sie könnten für 10 Zloty Ehrenmitglieder werden; öffentlich wird ein Ehrenmitglied durch ein besonderes Abzeichen kenntlich gemacht. Bei solchen Anlässen findet man den Bürger 2. Klasse stets.

Michalkowitz. Da das letzte Stück der Beuthenerstraße gepflastert wird, bleibt die ul. Zeramskiego weiter gesperrt und die Umfahrung erfolgt nach wie vor über Baingow nach Beuthen und Groß-Dombrowka. — Von der Maxgrube. Durch dauernde Abgänge jüngerer Arbeitskräfte, die sich nach Deutsch-Oberschlesien wenden, ist die Belegschaft in den letzten Monaten um 300 auf 1800 Mann zurückgegangen. — Am Freitag findet in Michalkowitz die nächste Gemeindevertretersitzung statt; da der Bürgermeister beurlaubt ist, führt dieselbe der älteste Schöffe Herr Bialas. Die Tagesordnung umfaßt 8 Punkte. Die wesentlichsten sind: Regelung der unbedingt erforderlichen Ausbesserungen der Sturmschäden. Verschiedene Nachtragsbewilligungen und Festsetzung der Kanalisationsgebühren. Man erwartet die Einführung eines neuen Mitgliedes der Gemeindevertretung für den ausgeschiedenen Herrn Rudkowski. Es folgt diesem Herr Thomalla von der Deutschsozialistischen Partei.

Myslowitz

Die Eisenbahn und ihre Pensionäre.

Zwischen Myslowitz und Imielin wurden ungefähr 40 Eisenbahner, die länger als 30 Jahre gedient haben, pensioniert. Sie erhielten anfangs die Pension nach den Vorschriften der P. K. P., die für die polnischen Eisenbahner bestimmt ist. Nun ist die Eisenbahn in Schlesien durch 15 Jahre hindurch keine polnische, sondern eine schlesische Eisenbahn und sie steht unter dem Schutze der Genfer Konvention. Die 40 pensionierten Myslowitzer Eisenbahner wollen auf ihre wohlerworbenen Rechte nicht verzichten und erhoben gegen die Höhe der Pension Einspruch. Daraufhin erhielten sie von der Eisenbahndirektion eine Deklaration zur Unterschrift vorgelegt, in welcher ein Verzicht auf die bereits erworbenen Rechte ausgedrückt war. Die Pensionäre wiesen die Deklaration zurück und haben sie nicht unterfertigt. Das führte zur völligen Einstellung selbst der gekürzten Pensionen auf Grund des polnischen Pensionsgesetzes. Nun stehen die alten Eisenbahner ohne Pension da. Direkt tragisch ist das Los dieser alten Männer, die vor einem Monat ihr 35jähriges Dienstjubiläum gefeiert haben. Sie haben durch ihren treuen Dienst in einer schweren Zeit gewisse Rechte erworben. Sie waren überzeugt, daß sie in ihrem hohen Alter, wenn sie arbeitsunfähig werden, nicht hungern und darben müssen, weil sie ihr Recht auf die Pension davor schützen wird. Wohl ist die Pension niedrig, aber sie schützt vor Hunger. Die Deklaration mußten sie zurückweisen, weil sie sich nicht freiwillig ihrer Rechte begeben wollten. Die Unterschrift einer solchen Deklaration bedeutet etwas mehr als eine Kürzung der Pension nach dem polnischen Pensionsgesetze. Wohl wurde daraus eine Differenz von 30 bis 50 Zloty zum Nachteile der Eisenbahner entstehen, aber man darf nicht vergessen, daß nach der Unterzeichnung einer Deklaration die Dienstjahre erst nach der Uebernahme Polnisch-Oberschlesiens durch Polen angerechnet werden, während die früheren Jahre entfallen und überhaupt nicht angerechnet werden. Die Unterfertigung einer solchen Deklaration käme einem Verzicht auf die Pension gleich und das kann man von den Leuten nicht verlangen. Es ist daher begreiflich, wenn die alten Eisenbahner schimpfen und fluchen und daß sie sich um einen Schiedsspruch an das Genfer Gericht in Beuthen gewandt haben. Inzwischen haben sie aber keine Mittel, um leben zu können, weil sie ihre Bezüge nicht ausgezahlt erhielten. Bis ein Schiedsspruch gefällt wird, dauert ziemlich lange. Andererseits aber erscheint die Stellungnahme der Eisenbahndirektion ganz und gar unverständlich.

Börsenkurse vom 19. 7. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

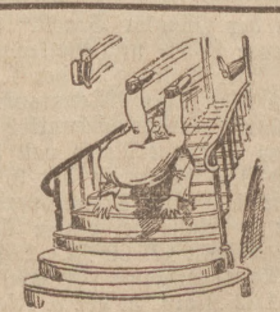
Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.91 zł
		frei	=	8.92 zł
Berlin	100 zł		=	46.783 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	21?.75 zł
	1 Dollar		=	8.91 zł
	100 zł		=	46.783 Rmk.

Große Fischvergiftungen. Die schwarze Przemsa bei Myslowitz führt eine Unmenge von chemischen Substanzen mit, die dann die Fische in der weißen Przemsa und nach der Mündung der beiden Flüsse in die Weichsel die Fische in der Weichsel vergiften. Gegenwärtig sind die Ufer der Weichsel von Oswiencim bis Krakau voll toter Fische, insbesondere Hechte und Flundern. Manche Fische wiegen bis zu drei Kilogramm, insbesondere die Hechte. Die toten Fische bedeckten eine Wasserfläche von 7 Kilometer Länge. Trotz Warnung stürzte sich das arme Volk auf die toten Fische, um daraus einen Schmaus zu bereiten. Die Fische sind aber vergiftet und wer sie verspeist, läuft Gefahr, seiner Gesundheit Abbruch zu tun. Es wird daher dringend vor einem solchen Schmaus gewarnt. Die Fischvergiftungen in der Przemsa und der oberen Weichsel sind nichts mehr neues und wiederholen sich in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne. Bekanntlich werden die Gewässer der schwarzen Przemsa durch eine Reihe von Betrieben sowohl in dem Dombrowaer Kohlenrevier als auch in Schlesien selbst nicht nur gebraucht, aber auch mißbraucht. Man möge sich das Wasser in der schwarzen Przemsa nur anschauen. Es gleicht mehr einer Kloake als einem Fluß, in dem kein Fisch und kein Frosch leben kann. Für die Menschen ist die schwarze Przemsa dasselbe, was die Rawa für die Kattowitzer ist. Schließlich fließt doch die Rawa in die schwarze Przemsa und beglückt die Myslowitzer mit ihren Ausdünstungen, die hauptsächlich in den Sommermonaten die ganze Umgebung bedecken. Die Fischvergiftungen in der Weichsel sprechen dafür, daß es nicht mehr genügt, die Rawa zu überwölben. Man müßte noch den Industriellen verbieten, das Wasser mit chemischen Beimischungen zu vergiften, denn darunter leiden nicht nur die Fische, aber auch die Menschen.

Die Taubstummenschule in Myslowitz. Die Wojewodschaft wird demnächst eine neue Taubstummenschule bauen, doch steht es vorläufig noch nicht fest, wo diese Schule gebaut werden soll. Sie soll nicht in dem engeren Industriegebiet, aber auch nicht weit davon entfernt gebaut werden. Der geeignetste Punkt wäre Myslowitz, weil Myslowitz selbst kein Hüttenwerk besitzt und dann in der Nähe des Gieschewaldes gelegen ist. Als der Plan der Taubstummenschule reif wurde, dachte man gleich an Myslowitz und dürfte bei Myslowitz auch bleiben. Die Stadt ist dafür und will nach Kräften dazu beisteuern, um diese Schule zu erhalten. Man wandte sich bereits an die Wojewodschaft und bot ein Baugrundstück unter dem Neubau an. Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit und faßte den einstimmigen Beschluß, der Wojewodschaft ein Baugrundstück von 11 000 Quadratmetern auf dem Hügel Mase anzubieten. Die allgemeinen Ferien sowohl in der Wojewodschaft als auch im Magistrat haben die Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit verschoben, doch kann man mit Bestimmtheit rechnen, daß die neue Schule für die Taubstummen und Erblindeten in Myslowitz gebaut wird. Nachdem die Stadt noch eine neue Volksschule bauen will, so erhält unsere Stadt zwei neue ansehnliche Schulhäuser, was nur zu begrüßen ist.

Rybnik und Umgebung

Ein interessanter Meineidsprozeß wird in Rybnik zum Austrag kommen. Der Kaufmann Jan Noga aus Rybnik hat den Militärarzt Dr. Kehle zur Behandlung seiner Familie herangezogen. Die Forderung des Arztes für dessen Bemühungen hat Noga zunächst als zu hoch bezeichnet, dann die Bezahlung überhaupt abgelehnt und in dem gegen ihn angestrengten Zivilprozeß beschworen, Kehle überhaupt nicht gerufen zu haben. Auf Grund dieser Aussage hat der Arzt gegen Noga Anzeige wegen Meineids erstattet und sich bereit erklärt, mit Zeugen erhärten zu können, daß er auf das ausdrückliche Verlangen des Noga die Behandlung übernommen habe. Dieser Fall hat in Rybnik begreifliches Aufsehen erregt. Allgemein ist man auf den Ausgang des Prozesses gespannt.



„Verdammt! Jetzt kann ich mir denken, wie der Katze zumute war, die mit Opels Raketenwagen in die Luft flog!"

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Konfisziert!

Preßgeschichten aus Alt-Oesterreich.

Das altösterreichische Recht ermächtigte den Staatsanwalt, in Städten ohne Gerichtshof sogar den Bezirkshauptmann, jede Druckschrift zu beschlagnahmen, nicht nur, wenn die Angabe des Verantwortlichen auf dem Druckwerk fehlte, sondern auch, wenn sein Inhalt irgendwie eine strafbare Handlung darstellte. Eine Anklage brauchte der Konfiskation nicht zu folgen, es war das sogenannte objektive Verfahren, von dem auch massenhaft Gebrauch gemacht wurde — besonders natürlich gegen die radikalste Opposition; das waren die Sozialdemokraten und die verschiedenen Nationalradikalen. Gegen die Konfiskation, die der Gerichtshof fast immer bestätigte, gab es nur das fragwürdige und gewöhnlich nutzlose Rechtsmittel des Einspruchs, über den ohne Anhörung und in Abwesenheit des Redakteurs verhandelt wurde und gegen dessen Abweisung noch die Beschwerde an das Oberlandesgericht, die genau so verhandelt wurde. Hatte solch ein Rechtsmittel mal Erfolg, so mußte der Staat den nachgewiesenen Schaden ersetzen — aber er kam höchst selten dazu. Das Konfiskationsrecht wurde in der Frühzeit der Arbeiterbewegung systematisch mißbraucht, um ihre Zeitungen zu ruinieren. So entstand ein zäher Kampf zwischen der Preßpolizeigewalt und der Pfiffigkeit unserer Genossen, die ihre Ehre darein setzten, möglichst wenig Blätter den Polizisten zu überlassen und möglichst viele zu verbreiten.

Selbstverständlich wurde nach einer Konfiskation immer eine zweite Auflage herausgegeben, die die verbotenen Stellen durch schwarze Flächen ersetzte, aus denen das Wort „konfisziert“ weiß herausleuchtete, oder durch weiße Flächen, auf denen man dieses Wort schwarz las; sehr schön war es, wenn dabei etwa herauskam:

Unsere Freiheit ist ja längst — — —
konfisziert!

Manchmal ersetzte man auch die gestrichene Stelle durch neuen Satz, womöglich solchen, daß der Leser erraten konnte, weswegen man konfisziert worden war. Als zum Beispiel unser Parteiblatt in der nordböhmischen Glasindustrie Gablonz a. d. Neiße einmal wegen Beleidigung der Kirche konfisziert wurde, erschien die zweite Auflage mit dem — „Vater unser“ als Ersatz. Das konnte nicht konfisziert werden, mochten auch schon Schillerzitate beschlagnahmt worden sein!

Frühzeitig schon entwickelte sich aber die Praxis, konfiszierte Artikel zu immunisieren. Das geschah so: Da nach der Verfassung wahrheitsgemäße Berichte über die Verhandlungen des Reichsrats nicht beschlagnahmt werden konnten, ließ man im Abgeordnetenhaus eine Interpellation einbringen, die dem Justizminister die Konfiskation folgenden Artikels mitteilte — folgte der konfiszierte Artikel — und der Schluß: „Was gedenkt der Herr Minister gegen solche rechtswidrige Einschränkung der Preßfreiheit zu tun?“ In der nächsten Nummer konnte man so den beschlagnahmten Inhalt wieder abdrucken. Diese Immunisierung entwickelte sich mit der Zeit zu imposanter Großartigkeit. Als z. B. in der Epoche der alldeutschen „Los-von-Rom“-Agitation irgendein Staatsanwalt sogar Wilhelm Busch' „Heiligen Antonius von Padua“ konfiszierte, wurde das ganze Buch samt den Zeichnungen als Interpellation eingebracht und dann mit dem Aufdruck „Interpellation des Abg. X. und Genossen in der y. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom ....“ und der Schlußfrage munter wieder verkauft. Allerdings wurde die Immunisierung auch mißbraucht, um wilde antisemitische Hetzschriften freizumachen. Als aber zurzeit eines üblen Ritualmordprozesses, die damals geradeheraus pogromistischen tschechischen Nationalsozialisten judenhetzerische Lebkuchenfiguren, die verboten worden waren als — Interpellation einbringen wollten, hinderte der Präsident diesen Unfug.

Heute noch besteht das objektive Verfahren ziemlich ungeschmälert in der Tschechoslowakei und anderen Nachfolgestaaten, jedoch scheint die Immunisierung abgekommen oder wohl nicht mehr möglich zu sein. In Deutschösterreich hat die Republik vorgeschrieben, daß jeder Konfiskation die Anklage gegen den Verantwortlichen vor den Geschworenen folgen müsse; aber die Staatsanwälte helfen sich meist so, daß sie die dafür bestimmte Frist verstreichen lassen, ohne die Anklage zu erheben. Der Staat muß dann allerdings den Schaden bezahlen, aber in einem solchen Wiener Fall vom Juli vorigen Jahres hat man mit Hilfe des Gerichts dabei noch größte Knickrigkeit gezeigt.

Die europäische Hitzewelle

Von Moritz Loeb.

Lange genug hat es in diesem Sommer gedauert, bis sich die Hitze eingestellt hat, die wir von der sommerlichen Jahreszeit nicht zu trennen vermögen, obwohl nun, nachdem es endlich heiß geworden ist, schon wieder alle Welt über „diese unerträgliche Hitze“ stöhnt. Diese nie Zufriedenen dürfen zu ihrer Entschuldigung anführen, daß sie an solche Temperaturen nicht mehr gewöhnt seien; es ist in der Tat, von einigen enger begrenzten Landstrichen und von einzelnen sehr warmen Tagen abgesehen, seit drei Jahren in Mitteleuropa nicht mehr so warm gewesen wie in diesen Julitagen. Aber von abnormen Temperaturverhältnissen kann deshalb doch zunächst jedenfalls noch keine Rede sein. Höchsttemperaturen von 33 bis 35 Grad Celsius, wie wir sie bisher gehabt haben, kommen bei uns in jedem richtigen Sommer vor und sind durchaus nichts Ungewöhnliches. Es sind die sogenannten Tropentage unseres Klimas, deren untere Grenze bei 30 Grad Celsius liegt, wie man als Sommertage diejenigen Tage bezeichnet, an denen das Quecksilber 35 Grad Wärme erreicht. Selbst diese sind im Frühjahr und Vorsommer 1928 recht dünn gesät gewesen; neben der großen Veränderlichkeit und der oft wochenlang anhaltenden empfindlichen Kühle im ersten Teil der diesjährigen warmen Jahreszeit war es ja besonders der Mangel an wirklich warmen Tagen, der uns bis vor kurzem über unseren Sommer so viel hat klagen lassen.

Obwohl man, streng genommen, auf mitteleuropäische Verhältnisse den aus Amerika stammenden Begriff der Hitzewelle nicht anwenden kann, so rechtfertigt sich diese Bezeichnung doch insofern, als es sich zurzeit um einen machtvollen Vorstoß der warmen Aequatorialfront nach Mittel- und Nordeuropa handelt. Er beruht auf den Pulsationen des Azorenmaximums, dieses ständigen mittelatlantischen Hochdruckgebiets, dem dadurch der Weg nach Nordosten, auf den europäischen Kontinent, freigegeben worden ist daß die nördlich von ihm aus thermischen Ursachen entstehenden Zyklonen seit kurzem eine nördlichere Bahn als zuvor einschlagen und von dem atmosphärischen Aktionszentrum bei Island nicht mehr ostwärts nach Skandinavien und Finnland, sondern in einer nordostwärts verlaufenden Bahn Richtung auf Spitzbergen nehmen. Infolgedessen gelangen die Einbrüche polarer Kaltluft auf der Rückseite der Zyklonen, die bis vor kurzem für die ewig wechselvolle Witterung bei uns maßgebend waren, nicht mehr auf das west- und mitteleuropäische Festland; die von der Kaltluft in Wechselwirkung mit der warmen Aequatorialluft erzeugten Randwirbel verlaufen vielmehr in wesentlich höheren Breiten und dadurch ist nun auch in Skandinavien endlich sommerliche Wärme eingekehrt. Angesichts der Beharrungstendenz einer einmal zum Durchbruch gelangten Wetterlage spricht manches dafür, daß die Hochsommerhitze sich nun für einige Zeit erhält, und daß die nunmehr erfolgte Stabilisierung der Wetterlage von Dauer ist.

Damit wäre die Möglichkeit zu noch weiterem Aufstieg der Temperaturen gegeben. Er hängt davon ab, daß sich der hohe Luftdruck, der zurzeit Mitteleuropa bedeckt, noch weiter nach Osten und Nordosten verlagert und über den großen osteuropäischen Kontinentalmassen stationär wird. Verläuft dabei die Zugstraße der atlantischen Zyklonen auch weiter durch den Raum von Island nach Spitzbergen, so entsteht eine anhaltende heiße Südostströmung, die im Verein mit der Sonneneinstrahlung die Temperaturen besonders stark steigert. Erst dann pflegt es also bei uns zu abnorm warmen Tagen zu kommen, und beim Zusammentreffen von für die Erhitzung besonders günstigen Umständen kann das Quecksilber Rekordwerte erreichen. Ungewöhnlich heiße Tage kommen auch vor, wenn der höchste Luftdruck im Südosten Europas liegt und wenn von der europäischen Westküste Druckfall auf das Festland gelangt. Eine derartige Druckverteilung bezeichnet aber fast stets einen rasch vorübergehenden Uebergangszustand; sie ist es, die uns in sonst wenig freundlichen und vor allem sehr veränderlichen Witterungsperioden die vereinzelten schönen Tage mit beinahe sprunghaft erfolgender Erwärmung aber auch ebenso rascher Wiederabkühlung durch Gewitter bringt, die gewöhnlich schon im Laufe des Nachmittags den Witterungsumschwung einleiten. Diese starke Erhitzung wird also wegen ihrer raschen Vergänglichkeit weniger wirksam als die langsamer vor sich gehende Erwärmung bei östlicher Luftzufuhr, die aber den Vorzug der längeren Dauer für sich hat. Ihr war beispielsweise die wochenlang anhaltende große Hitze des Hochsommers von 1911 zuzuschreiben, während der hohe Luftdruck während der ganzen Dauer der Hundstage über Finnland und Nordrußland verlagert war. In dem noch heißeren Sommer 1921 war zwar das kontinentale Hochdruckgebiet über dem Osten des Erdteils nicht so stabil, er ergänzte sich aber immer von neuem durch das Vordringen des Azorenmaximums nach Europa. Sommer vom Typus des heißen Jahres 1911 pflegen sich stets durch Dürre unliebsam auszuzeichnen, wenn auch in Sommern wie in dem von 1921 der Mangel an Niederschlägen meist sehr empfindlich wird.

Wie heiß kann es denn nun überhaupt bei uns zu Lande werden? Es herrschen darüber vielfach ziemlich unklare Vorstellungen, die wohl meist auf laienhaften Ablesungen von Thermometern beruhen, die gegen die Sonnenstrahlung gar nicht oder unzureichend geschützt sind. Die effektiven höchsten Schattentemperaturen — und nur diese haben einen Vergleichswert — liegen in Mitteleuropa bei 40° C. Aber dieser Rekordwert ist nur in ganz vereinzelten Fällen und nur an wenigen Orten beobachtet worden. Zuletzt hat Straßburg i. E. 40° Wärme erreicht; es war am 2. August 1921, einen der heißesten Tage des 20. Jahrhunderts. Am 23. Juli 1911 hatten es auch Chemnitz und Jena auf 40° C gebracht; am 18. August 1892 war in Amberg das Quecksilber bis fast auf 40° Wärme gestiegen. Der am gleichen Tage in Bad Reichenhall beobachtete Wert von 40½° C gilt in bezug auf die nötige Exaktheit der Messung nicht als unbedingt verbürgt. Auch 39° C, die am 28. Juli 1921 in Karlsruhe und Würzburg registriert wurden, sind in Mitteleuropa schon eine außerordentliche Seltenheit, wie überhaupt Temperaturen von 37° und mehr in unseren Breiten höchst seltene Hitzeextreme darstellen. In Berlin beispielsweise ist seit dem Beginn des 19 Jahrhunderts das Thermometer nur einmal, am 20. Juli 1865, auf 37° C gestiegen. Während des ganzen 18. Jahrhunderts wurde hier nur einmal, am 4. Juli 1781, ein Temperaturwert von 37½° erreicht. Ueber das 18. Jahrhundert gehen aber die meteorologischen Aufzeichnungen nirgends hinaus; lediglich in Paris sind solche aus den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts erhalten. Toricelli hat ja auch erst im Jahre 1643 das Barometer erfunden.

Die naheliegende Frage, ob die gegenwärtige Hitzeperiode den Beginn eines heißen und trockenen Hochsommers darstellt, läßt sich im Augenblick noch keineswegs beantworten. Die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dafür, und selbst wenn es noch 8 bis 14 Tage so heiß bleiben sollte, könnte man nach dem viel zu kühlen Juni und angesichts des noch ausstehenden dritten Sommermonats August, über dessen Verlauf wir noch nichts wissen, noch nicht von einem heißen Sommer sprechen.

Der Schrei nach der Peitsche

Kolonialprobleme im Kongo.

In Belgisch-Kongo haben sich Vorfälle ereignet, die ein grelles Licht auf die Methoden unmenschlicher Ausbeutung werfen, mit denen der Kolonialkapitalismus ungemessene Profite aus dem Schweiß und Blut der Eingeborenen holt. Und jeder Versuch der Verwaltung, den an den Schwarzen verübten Grausamkeiten Einhalt zu tun, begegnet den größten Schwierigkeiten.

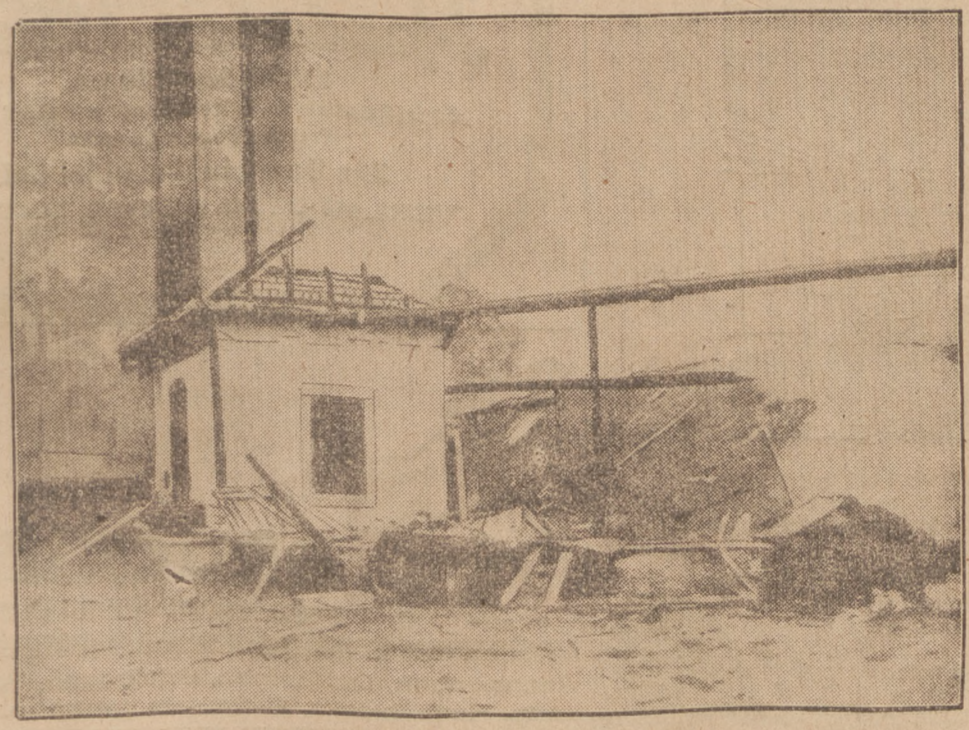
Im Aequatordistrikt, einer der Provinzen des Kongo, ist der Hauptzweig der Ausbeutung die Gewinnnung des Kopalharzes, eines bernsteinartigen Naturprodukts, das von den Eingeborenen in mühevoller Arbeit aus den Wäldern, aus den Sümpfen und unter der Erde hervorgeholt wird. Die Eingeborenen werden zu dieser Arbeit mit Hilfe schwarzer Agenten, die sowohl sie als die weißen Unternehmer betrügen, gepreßt. Für ein Kilogramm mühsam gesammeltes Kopalharz erhalten sie 1,20 belgische Franken (14 Pf.). Diese angeblich „freiwillige“ Arbeit kommt einer Zwangsarbeit gleich.

Durch die Konkurrenz des seit kurzem von der chemischen Industrie hergestellten künstlichen Kopalharzes ist der Kopalharzhandel in eine Krise geraten und eine Reihe weißer Unternehmer mußte ihre Geschäfte schließen. Ihr Zorn richtete sich nun gegen die Schwarzen, die angeblich zu wenig arbeiten, und gegen die Regierungsbeamten, die den weißen Ausbeutern angeblich zu wenig Unterstützung angedeihen lassen. Die Beschwerden gegen „übertriebene Milde“ wurden immer heftiger, und als ein Weißer in Coquilhatville wegen Uebertretung dieser Vorschriften vom Gericht bestraft wurde, kam es zu einem förmlichen Aufruhr, wobei die Freilassung des Betreffenden mit Gewalt und Drohung erzwungen wurde. Der Gouverneur des Distrikts begab sich an Ort und Stelle und versuchte zu vermitteln. Die aufgebrachten Ausbeuter hielten ihm erregt das angebliche Sündenregister der Verwaltung vor.

Da erfuhr man, was diese Herren unter „unangebrachter Milde“ gegenüber den Schwarzen verstehen. Sie beklagen sich darüber, daß die Maßnahmen der Regierung es ihnen schwer machen, schwarze Arbeitskräfte im erforderlichen Ausmaß und zu den entsprechenden Bedingungen zu bekommen.

Besonders beschweren sie sich darüber, daß den Frauen der Eingeborenen nicht erlaubt werde, zusammen mit ihren Männern auf die mörderische Arbeit zu gehen. Und diese ehrsamen weißen Kaufleute stellten eine förmliche Liste ihrer Forderungen auf: sie fordern gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der schwarzen Arbeiter, die sich von der Arbeit entfernen und die es „an Respekt vor den Weißen fehlen lassen“. Sie verlangen die Ermächtigung für die weißen „Arbeitgeber“, selber sofort „die Mängel in der Arbeitsleistung der schwarzen Diener, Arbeiter und Angestellten ahnden zu dürfen“, und sie erklären, „überzeugt zu sein, daß die Strafe des Auspeitschens, ja schon ihre bloße Androhung, ein ausgezeichnetes Mittel gegen den wachsenden Ungehorsam wäre.“

Wenn der Schrei nach der Peitsche so offen erhoben werden kann: wie muß es da in den Winkeln der afrikanischen Wälder zugehen, aus deren Dickicht kein Ton herausdringt — auch nicht die Schmerzenslaute der geprügelten schwarzen Arbeiter!



Explosionskatastrophe in Haßloch

Die Pulverfabrik in Haßloch a. M. flog am 14. Juli in die Luft. Durch die Explosion wurden eine Reihe von Arbeitern getötet oder verletzt. Das Maschinenhaus und weitere Fabrikgebäude wurden zerstört. — Unser Bild zeigt die Trümmer des Maschinenhauses.

Photographierte Zirptöne

Beobachtungen aus dem Leben der Grillen.

Mit Hilfe eines eigenartigen Versuchs hat ein Forscher, Prof. Regel, vor einiger Zeit eine bedeutsame Feststellung gemacht. Es war zwar anzunehmen, aber keineswegs erwiesen, daß Grillen auch einen verläßlich funktionierenden Gehörsinn besitzen, da die Anlockung der Geschlechter ebenso gut auch durch den Geruchssinn vermittelt werden könnte. Um diese Frage zu klären, wurden nun die Zirplaute eines Grillenmännchens durch einen Fernsprechapparat einem in einem entfernten Raum befindlichen Weibchen zugeleitet. Sobald die Töne hörbar waren, ließ die Grille sofort das Futter, an dem sie gerade gefressen hatte, im Stich, lief auf den Apparat zu, aus dem die Töne kamen und blieb endlich zwei Zentimeter weit vor dem Schalltrichter stehen, richtete die Fühler auf ihn und kroch dann, als sich kein Männchen zeigte, wie suchend um das Telephon herum. Das Interesse erlosch sogleich, als das Zirpen aufhörte, erwachte aber sofort wieder, wenn das Telephon die Laute wieder hören ließ. Man kann demnach wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Grille recht gut hört. Der Sitz des Hörsinns befindet sich wahrscheinlich an den Fühlern und den Unterschenkeln der Vorderbeine.

Wenn man das Gezirp einer Grille in einem schwachtönenden Telephon auffängt und die Lautstärke gleichzeitig photographiert, wie es im Verlauf eingehender Untersuchungen auch geschehen ist, klingen die Töne keineswegs so gleichförmig, wie sie das menschliche Ohr in der Natur hört. Es lassen sich vielmehr ganz verschieden klingende Zirplaute unterscheiden, Laute, die, stärker und schwächer hervorgebracht, vielleicht auch einer gewissen Bedeutung entsprechend, vermutlich mit Absicht verändert werden. Die Ton-

höhe der Zirplaute dürfte ihrer Schwingungszahl nach ungefähr der des fünfgestrichenen C gleichkommen. Das Grillenzirpen ist wie bekannt, eine rein instrumentale Betätigung; denn das Zustandekommen der Zirptöne erfolgt nicht im Sinne einer Vokalmusik durch die Atmungsorgane, sondern durch das Aneinanderreiben der beiden Vorderflügel, von denen der eine eine quergerillte und der andere eine glattkantige Leiste besitzt, also in ähnlicher Weise wie der Geigenbogen über die Saiten fährt. Das Hin- und Herreiben geht so schnell vor sich, daß sich die beiden Flügel innerhalb einer Sekunde durchschnittlich sechzehnmal gegeneinander bewegen, doch wird die Geschwindigkeit des Zirpens von der gerade herrschenden Luftwärme insofern beeinflußt, als Temperaturerhöhung eine starke Vermehrung der Zahl der Zirptöne bedingt. Der Einfluß der Wärme auf das Grillengezirp geht sogar so weit, daß der amerikanische Forscher Holmes nur durch genaue Sekundenzählung der Zirplaute die Temperatur feststellen konnte. Hierbei spielen allerdings Vorgänge mit, deren Einzelheiten völlig unbekannt sind. Wenig bekannt ist ferner, zur Verteidigung aus kleinen an der Brust sitzenden und leicht platzenden Bläschen Blut von sich spritzen; vermutlich sind im Blut dieser Junglarven Giftstoffe enthalten, die den Gegner in irgendeiner Weise schädigen. Später geht diese Fähigkeit aber wieder verloren, ja, sie wird schon bei älteren Larven nicht mehr beobachtet.

Vermischte Nachrichten

Bernhard Shaw und die Affen.

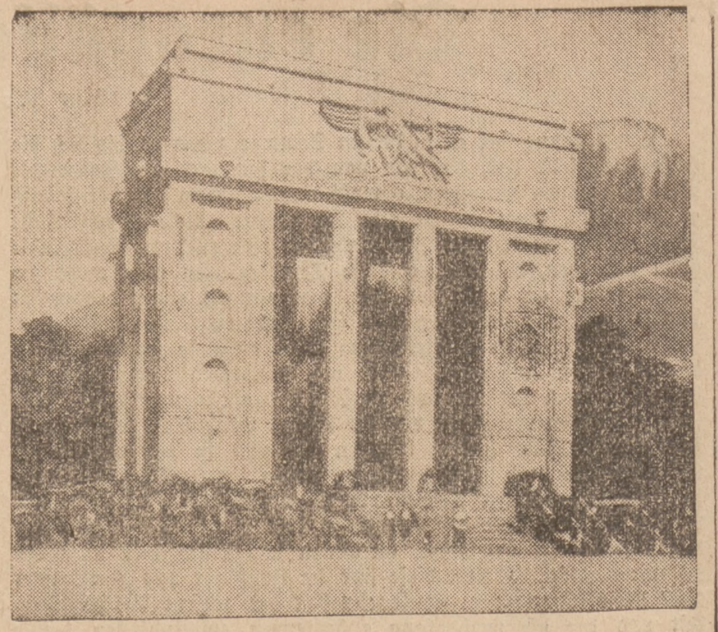
Unter den Schimpansen Afrikas hat der Name Dr. Voronows, des bekannten Verjüngungsforschers, einen schlimmen Klang. Hunderte dieser Menschenaffen hat er geopfert, um verbrauchten Menschen, alten und jungen Greisen, durch Einimpfung von Affendrüsen eine neue Jugend zu verschaffen. Es gibt Skeptiker, die von dieser Verjüngungsmethode nicht das Beste halten. Zu ihnen gehört Dr. Bach, der jüngst in einer Londoner Zeitschrift sich dahin äußerte, daß der Erfolg dieser Operation voraussichtlich der sei, daß die derart verjüngten Menschen auch die Grausamkeit und Sinnlichkeit der Affen erwerben. Eine Gegenäußerung blieb nicht aus. Der Affe „Konsul jr." aus dem Londoner Zoologischen Garten setzte sich energisch zur Wehr und entwickelte sehr bedeutende geschichtliche Kenntnisse, indem er den Menschen vorhielt, wann und wo sie selbst die Grausamkeit der Affen übertroffen hätten. Nachträglich stellte sich heraus, daß kein anderer für „Konsul jr." die Feder ergriffen hatte als — der große Bernhard Shaw. Die Zeitung war über diese Entdeckung nicht wenig erstaunt, dankte aber dem Dichter für seine gewichtigen Ausführungen und meinte, daß zum mindesten er eine Verjüngungskur a la Voronow nicht nötig hätte...

Kaspar Hauser redivivius.

Der Fall Kaspar Hauser, dessen Tragik viele Künstler zur Gestaltung in dramatischer und epischer Form anregte, scheint seine Wiederholung zu erleben. Dem Seelowitzer Gericht, nahe der Stadt Brünn, wurde ein Landstreicher eingeliefert, der weder des Schreibens noch des Lesens kundig und taubstumm ist. Auch einem herbeigeholten Dolmetscher in der Taubstummensprache konnte er sich nicht verständlich machen; so ist es trotz eifrigster Recherchen nicht gelungen, die Identität des Unbekannten festzustellen. Er hatte sich einer geringfügigen Uebertretung der Landstraßen-Verordnung schuldig gemacht, wofür er mit einigen Stunden Arrest bestraft wurde, und sitzt nun schon zwei Wochen in Untersuchungshaft. Man hat ein Protokoll der Tatsachen aufgenommen und statt seines Namens eine Photographie hineingeklebt. Es sind zunächst keine Perspektiven vorhanden, daß man das Geheimnis des Unbekannten lösen wird, und der Staat ist also gezwungen, ihn weiter in Schutzhaft zu behalten. Derweil vergehen die Tage und Wochen, und der neue Kaspar Hauser dämmert in seiner engen Zelle am Leben vorüber, ein hilfloses und erschütterndes Menetekel inmitten unserer hastenden und vorwärtstreibenden Zeit...

Odyssee einer kleinen Spanierin.

Ein spanisches Mädchen namens Julia Martinez, das im Jahre 1915 im Alter von drei Jahren bei Kenitra in Marokko von Arabern entführt worden war, ist jetzt als Araberin und — trotz ihrer Jugend — als Mutter von mehreren Kindern nördlich von Rabat aufgefunden worden. Das Kind war in geheimnisvoller Weise aus dem Hause der Eltern spurlos verschwunden. Aus Gram über den Verlust des Kindes war die Mutter dahingesiecht, und der Vater hatte seine Ersparnisse darauf verwandt, die Spur der Verlorenen wiederaufzufinden, aber alle seine Bemühungen blieben ebenso erfolglos, wie die Nachforschungen der Behörde. Im Jahre 1923 verliebte sich ein in Wezzan lebender spanischer Maurer in Aicha, in ein zehnjähriges Mädchen aus einem Nomadenstamm, kaufte es für 160 Mark und heiratete die Kleine. Im vergangenen Sommer kamen dem Spanier Gerüchte zu Ohren, die besagten, daß seine Frau in Wirklichkeit eine Europäerin sei, die aus dem Hause der Eltern geraubt und an einen Scheik verkauft worden sei. Dieser habe das Mädchen seinerseits an einen Nomadenstamm weiterveräußert, dessen Häuptling das Kind als Tochter angenommen habe. Weitere Nachforschungen bestätigten die Wahrheit des Gerüchtes und bestimmten den Spanier, den Vater aufzusuchen, der in Aicha trotz der arabischen Verkleidung seine Tochter Julia wiedererkannte. Die junge Frau spricht nur arabisch und erinnert sich nicht mehr der Eltern und des Hauses, in dem sie als kleines Kind lebte.



Das faschistische Schand-Denkmal
wurde am 13. Juli in Gegenwart des Königs von Italien und zahlreicher Würdenträger des Königreichs feierlich eingeweiht. Im Bilde: Das „Siegesdenkmal" nach der Enthüllung.



Kattowitz — Welle 422.

Freitag. 17: Vorträge. — 18: Konzertübertragung aus Warschau. — 19,30: Vortrag und Sportberichte. — 20,15: Sinfoniekonzert, übertragen aus Warschau. Anschließend die Abendberichte. — 22,30: Plauderei in französischer Sprache.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 12: Schallplattenkonzert. — 17,25: Vortrag. — 18: Uebertragung aus Warschau. — 19,30: Vortrag. — 19,55: Verschiedene Berichte. — 20,15: Uebertragung aus Warschau.

Posen Welle 344,8.

Freitag. 13: Schallplattenkonzert. — 18: Vokalmusik. — 19,30: Journalistischer Vortrag. — 20,15: Sinfoniekonzert, übertragen aus Warschau. Anschließend: Verschiedene Berichte und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Freitag. 17,25: Uebertragung eines Vortrages aus Krakau. — 18: Nachmittagskonzert. — 19,30: Vortrag „Sport und Körperkultur". — 20,15: Symphoniekonzert der Warschauer Philharmonie. Anschließend verschiedene Berichte.

Gleiwitz Welle 329,7. **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag, 20. Juli. 16.00—16.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. 18.00—18.25: Schlesischer Verkehrsverband. 18.25—18.50: Abt. Rechtskunde. 19.25—19.50: Abt. Musik. 19.50 bis 20.15: Abt. Sport. 20.30: Kaleidoskop der Liebe.

Versammlungskalender

Bezirks-Delegiertenversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes.

Der Bezirksvorstand beruft für Sonntag, den 22. d. M., vorm. 9 Uhr, nach dem Volkshaus in Königshütte die fällige Bezirks-Delegiertenversammlung ein.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Tätigkeits- und Kassenbericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Revisoren.
3. Diskussion.
4. Gewerkschaftliches und Anträge.

An dieser Sitzung haben alle Bezirksdelegierten teilzunehmen, sowie auch die Vorsitzenden und Kassierer der Zahlstellen. Um vollzähliges Erscheinen zu dieser wichtigen Tagung ersucht der Bezirksvorstand.

Kattowitz. Freie Turner. Freitag, abends 8 Uhr, findet im Zentralhotel der fällige Mannschaftsabend statt. Das Erscheinen aller Turner ist Pflicht; auch die Turnerinnen werden gebeten, zu erscheinen, da es sich um wichtige Besprechung betr. Turnfest in Hindenburg handelt. Abfahrtszeit nach Hindenburg wird an diesem Abend festgelegt.

Domb-Josefsdorf. Bergarbeiter. Sonntag, 22. Juli, vormittags 10 Uhr, findet bei Cuprina, ul. Dembowa, eine gemeinsame Bergarbeiterversammlung mit dem Zentralverband der Bergarbeiter daselbst statt. Wichtige Tagesordnung: Aufstellung der Liste zu den Betriebsratswahlen auf Eminenzgrube. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

Bismarckhütte. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 7½ Uhr, Ortsausschuß-Sitzung.

Schwientochlowitz. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit". Donnerstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, findet im Lokale des Herrn Bialas eine Mitgliederversammlung statt. Die nächste Gesangstunde ist am Freitag, den 20. d. Mts., abends 7 Uhr, beim Herrn Freitel, für den gesamten Chor.

Königshütte. Ortsausschuß. Sonnabend, 21. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Konferenzzimmer eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses statt. Dazu sind die Vorstände sämtlicher Kulturvereine der freien Gewerkschaften eingeladen. Es wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

Friedenshütte. Maschinisten und Heizer. Am Montag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, findet in unserem Versammlungslokal bei Schmiatek eine Mitgliederversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen ersucht die Ortsgruppenleitung.

Janow. Freidenker. Sonntag, 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet beim Herrn Kotyrba in Janow eine Mitgliederversammlung statt. Gäste werden eingeladen.

Kostuchna. D. S. A. P. und Arbeiterjugend. Am Sonntag, den 22. Juli, vormittags 9½ Uhr, bei Weiß, Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen aller Parteimitglieder, Jugendgenossen und freien Gewerkschaftler dringend erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.